

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

17. Sitzung vom 21. November 2011 von 19.00 Uhr bis 21.50 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Arsène Perroud, Präsident

Protokollführung: Marion Riner, Gemeindeschreiberin-Stv.

Präsenz: Mitglieder des Einwohnerrates: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Toni Schürmann, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Paul Huwiler, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Marcel Handler, Bauverwalter

Entschuldigungen

Roland Büchi, SVP
Jean-Pierre Gallati, SVP
Kurt Neeser, FDP

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 12059 Kreditbegehren von CHF 96'390.00 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Entwicklung Bahnhof
3. Bericht und Antrag 12061 Genehmigung Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und
 - Profi Office GmbH
 - René Köpfl
4. Bericht und Antrag 12062 Nachtragskredit (NK) I – 2012 für die Miete Lagerraum bei der Römer AG für die Gerätschaften des Betriebswartes des Sportzentrums Niedermatten
5. Postulat 12058 Erhöhung der Anzahl Lehrstellen bei der Gemeinde Wohlen
6. Postulat 12060 Kommission für Altersfragen

Perroud Arsène, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Perroud Arsène, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 24. Oktober 2011 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 12061 Genehmigung Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und
 - Profi Office GmbH
 - René Köpfl
- Bericht und Antrag 12062 Nachtragskredit I – 2012 für die Miete Lagerraum bei der Römer AG für die Gerätschaften des Betriebswartes des Sportzentrums Niedermatten
- Sitzungsdaten Einwohnerratssitzung 2012
- Anfrage 12065 der SVP betreffend Einhaltung Gebührenreglement Gemeinde Wohlen

Heute liegt folgendes auf:

- Schulbericht 2010/2011
- Bericht und Antrag 12064 Genehmigung Kreditabrechnung
 - Projektierung Neubau Friedhofgebäude bis und mit Bauprojekt und Kostenvoranschlag
 - Projektierung für die Erarbeitung Betriebs- und Gestaltungskonzept Zentralstrasse Wohlen
 - Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes
 - Informatikkonzept der Schule Wohlen
 - Sanierung der Sanitärinstallation in der Turnhalle Junkholz

Mitteilungen

Perroud Arsène, Präsident:

Rücktritt von Kohli Benno

Kohli Benno hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 22. November 2011 eingereicht.

Perroud Arsène liest das Rücktrittsschreiben vor.

Lieber Benno

Du hast seit 2008 im Einwohnerrat politisiert. Du hast deine Überzeugungen vertreten und bist dafür eingestanden. Deine Wortwahl war jeweils sehr pointiert und manchmal etwas gar markig, womit Du Dir nicht immer nur Freunde gemacht hast. Wir verlieren mit Deinem Rücktritt einen engagierten Politiker in unseren Reihen, der dann und wann auch Vergleiche aus der Römerzeit bezog oder Parallelen zum Rittertum schlug und stets für eine kantige Bemerkung gut war. Ich wünsche Dir im Namen des Einwohnerrates Wohlen in Zukunft alles Gute, mehr Zeit für Deine Familie und für die vielseitigen Betätigungen neben Deiner Arbeit als Architekt.

Lieber Benno, Du bist zwar ein grosser Bierliebhaber. Trotzdem oder gerade deswegen möchte ich Dir einen guten Tropfen Wein überreichen. Als Option oder als Abwechslung zum Angliker Obergärgig.

Rücktritt von Siebenmann Johannes

Siebenmann Johannes hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bereits angekündigt. Da er an der Dezember-Sitzung nicht teilnehmen kann, tritt er per sofort zurück und ist somit heute das letzte Mal an einer Einwohnerratssitzung.

Perroud Arsène liest das Rücktrittsschreiben vor.

Lieber Johannes

Als Pfarrer ist man es sich gewohnt eine Predigt zu halten und vor vielen Leuten zu sprechen. Seit dem Jahr 2006 bist Du nun im Einwohnerrat und ich habe Deine Voten nie als Predigt empfunden. Viel mehr waren sie Deine wohl durchdachten Gedanken, die Du mit den anderen geteilt und diskutiert hast. Als einziger Vertreter Deiner Partei hast Du die Positionen im Rat gut vertreten und Dich stark engagiert.

Lieber Johannes, ich danke Dir für Deinen Einsatz und wünsche Dir auf deinem weiteren Weg alles erdenklich Gute.

Bericht und Antrag 12059 Kreditbegehren von CHF 96'390.00 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Entwicklung Bahnhof

Geissmann Thomas, GPK: Der Gemeinderat unterbreitet uns in diesem Geschäft ein Kreditbegehren von CHF 96'390.00 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Bahnhofs Wohlen. Mit der BDWM Transport AG, SBB AG und dem Kanton Aargau wurden drei Partner gefunden, die bereit sind, die Kosten mitzutragen. Unter dem Strich würde unserer Gemeinde ein Anteil von CHF 22'790.00 verbleiben.

Für dieses Geld unterbreitet die Metron Verkehrsplanung einer Arbeitsgruppe verschiedene Vorschläge, die in einer zweiten Phase auf zwei Konzeptvarianten eingeschränkt würden. Der beste Entwurf bildet anschliessend die Basis für weitere Planungen rund um den Bahnhof. Das schliesst die Bahnhofanlage selbst, das Gleis der Bremgarten-Dietikon-Bahn, Busbahnhof, Güterschuppen und den Veloabstellplatz mit ein.

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeitern des Kantons AG, SBB AG, BDWM Transport AG, Postauto Aargau und der Gemeinde, formulieren vorausgehend Bedürfnisse und entscheiden über Vorschläge, die weiter verfolgt werden sollen. Geplant ist ebenso eine Begleitkommission, die genau über diese Entscheide urteilt. Der Entscheid der GPK zu diesem Kreditbegehren ist nicht einstimmig ausgefallen.

Im Grundsatz wird anerkannt, dass für den Bahnhof Optimierungsbedarf besteht. Zu den Stosszeiten besteht bereits jetzt kaum Platz für wartende Busse. Es besteht lediglich ein notdürftiges gedecktes Wartehäuschen, der Abfahrts- und Zielbahnhof der Bremgarten-Dietikon-Bahn ist sanierungsbedürftig und müsste idealerweise in den Bahnhof der SBB AG verlaufen.

Es leuchtet ein, dass sich verschiedene Parteien in einer Arbeitsgruppe absprechen und einen gemeinsamen Plan zur Entwicklung des Bahnhofs erarbeiten. Aus diesem Grund wurde der Bahnhof auch in den kommunalen Gesamtplan Verkehr aufgenommen und genießt im Agglomerationsprogramm Aargau Ost Priorität A. Kritische Stimmen in der Kommission haben die Dringlichkeit dieses Projektes hinterfragt. Allen Wohler Politikern und Politik- Interessierten ist bewusst, dass in unserer Gemeinde viele Investitionsprojekte anstehen. Erwähnt dabei sind nur schon Schwimmbad, Kunsteisbahn, fehlende Schulräume und der Friedhof, der durch die Ablehnung des Stimmvolkes selbstverständlich nicht vom Tisch ist. Die Befürchtung besteht, dass ständig neue Bauvorhaben projiziert werden, infolge fehlender Finanzierung aber nichts zur Realisierung kommt. Ebenso besteht die Angst, dass in die Machbarkeitsstudie eine Unmenge übertriebener Wünsche und überrissene Bedürfnisse einfließen, die das Bauvorhaben zu einem Mammut-Projekt heranwachsen lassen. Eine Investition über mehrere Millionen Franken würde an der Urne in nächster Zeit wohl keine Chance haben. Weil die SBB AG, BDWM Transport AG und der Kanton AG sich bereits jetzt relativ grosszügig an einer Machbarkeitsstudie beteiligen, ist auch zu erwarten, dass sie einen Löwenanteil am gesamten Investitionsvolumen tragen werden. Mit diesen Vorbehalten empfiehlt Ihnen die GPK heute mehrheitlich die Annahme dieses Kreditbegehrens.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der GPK für diese Ausführungen. Wir sind erfreut, dass zumindest ein 5:2 Resultat ausfiel, womit die GPK eine positive Empfehlung abgibt.

Als Ressortvorsteher hätte ich den Betrag zusammen mit dem Bauverwalter auslösen können. Aber aufgrund der Wichtigkeit und der Bedeutung dieses Geschäfts ist es selbstverständlich wichtig, dass sich der Gemeinderat darüber unterhält und auch der Einwohnerrat Gelegenheit erhält Stellung zu nehmen. Der Kostenverteiler ist das Resultat guter Verhandlungen. Beispielsweise in Lenzburg wurden die Planungen ohne finanzielle Beteiligung seitens anderer Stellen vorgenommen. Die SBB AG, BDWM Transport AG sowie der Kanton AG partizipieren in einem erheblichen Mass.

Es ist nicht unsere Absicht etwas zu starten und nicht weiter zu führen. Wir wollen ein Gesamtkonzept welches das Vorgehen und die Finanzierung aufzeigt. Es ist bekannt, dass bei den Bussen die Situation nicht ideal ist und die Problematik mit den Güterschuppen besteht. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass aufgrund der engen finanziellen Verhältnisse nicht mit der grossen Kelle angerichtet werden kann.

Ich möchte mit zwei Gedanken schliessen. Zum einen das Zitat des Einwohnerratspräsidenten Arsène Perroud im Wohler Anzeiger, nachdem er die Stadt Aarau besucht hatte. „Es habe oft mit dem Verständnis zu tun, was möglich ist, und wie wertvoll ein lebenswerter Dorfkern sein kann“. Das wird sich bald bewahrheiten, unter anderem auch mit dieser Machbarkeitsstudie. Nachdem der Präsident an der politischen Diskussion nicht teilnehmen soll, habe ich ihn hoffentlich zumindest in seinem Sinn zitiert.

Des Weiteren haben Sie alle eine Einladung für den Wirtschaftsanlass am 30. November 2011 erhalten, bei welchem der Direktor des Bundesamtes für Verkehr, Dr. Peter Füglistaller, kommen wird. Er wird ein Referat zum Thema „der Wert des öffentlichen Verkehrs für Wohlen“ halten. Dort haben Sie auch die Möglichkeit Fragen zu stellen. Nehmen Sie die Gelegenheit wahr. Sie können versichert sein, dass wir bei den weiteren Abklärungen ähnlich sparsam vorgehen wie beim jetzigen Vorschlag. Wir bitten Sie ein deutliches Zeichen zu setzen. Ihre Aussagen und Meinungen zum Gelände des Bahnhofs werden sehr wichtig sein und protokolliert. Dieses Protokoll wird sicherlich ein Bestandteil der weiteren Bearbeitung sein, bei der die Interessen gegenläufig sein können. Wir werden versuchen, damit zu arbeiten.

Rückweisungsantrag:

Tanner Peter, SVP: Anhand der heutigen Traktandenliste ersehen wir, dass der bereits langjährige Trend zum Ausgaben- und Leistungswachstum ungebrochen ist. Vielen im Einwohnerrat ist es jedoch nun etwas klarer geworden, dass dieser Trend wegen der finanziellen Situation gestoppt werden muss.

- Der Einwohnerrat sollte deshalb die Kommission für Natur und Umwelt zum Vorbild nehmen. Sie hat am letzten Dienstag, 15. November, dem Pilotprojekt „Recycling Getränkekarton“ nur zugestimmt, sofern es für die Gemeinde zum Nulltarif möglich ist.
- Die Machbarkeitsstudie ist für Wohlen angesichts des finanziellen Engpasses für die nächsten Jahre keinesfalls zwingend. Es ist nicht einzusehen, dass die anderen involvierten Stellen zusammen nicht den ganzen Betrag aufbringen können. Ich werte die gesprochenen Beträge nicht ab, auch die Aufwände die sie hatten, wertschätzen wir.
- Die Gemeinde Wohlen ist nicht in der Lage, wieder fast CHF 23'000.00 zu zahlen, wenn das Ganze entweder in der Schublade endet oder mit eklatant höheren Kosten weiter geht.
- Wir bezweifeln zudem, dass der ganze administrative Aufwand unserer Gemeinde vollumfänglich berücksichtigt worden ist. Das heisst, dass Wohlen an diesem schwer genug zu tragen hat (Überlastung, Pendenzen bleiben unerledigt). Wohlen ist bei dieser Studie federführend, was meistens Kosten mit sich bringt, die nicht aufgeführt sind.
- Das Thema Sicherheit wird in baulicher Hinsicht überbewertet. Wenn die Repression fehlt, nützen alle Millionen nichts, um endlich mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung zu haben. So ist es auch mehr als störend, wenn der im Einwohnerrat verlangte Spezialbericht über Wirkung und Nutzen der CHF 111'000.00 teuren Überwachungsinstallation am Bahnhof, Bericht und Antrag 11135, noch immer fehlt.

- Zum gleichen Thema hat die SVP bei der Behandlung des Jahresberichts 2010, Seite 17, gewichtige Anmerkungen gemacht. Unverständlicherweise fehlt jedoch das entsprechende Protokoll vom 20. Juni 2011. Wieso soll also der Einwohnerrat nur noch einen Franken bewilligen, wenn elementarstes fehlt?

Wir bitten Sie den Rückweisungsantrag anzunehmen. Damit könnte der Fokus auf Dringenderes wie zum Beispiel Schwimmbad, Eisbahn, Friedhof, eigene Liegenschaften, schützenswerte Bauten, fehlende Schulräume gelegt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Zum ersten Abschnitt, den Peter Tanner vorgetragen hat: Wenn man die heutige Traktandenliste betrachtet, sieht man per Saldo, dass wir mehr Einnahmen haben als Ausgaben.

Zur Sache: Ich begreife die SVP nicht ganz. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens „kommunaler Gesamtplan Verkehr“ inkl. Parkierungskonzept wurde uns am 28. Februar 2011 von der SVP Wohlen-Anglikon eine Eingabe gemacht. Zum öffentlichen Verkehr ist in einem Kasten folgende Schlussbemerkung zum öffentlichen Verkehr hervorgehoben: „*Das Gebiet am Bahnhof ist massiv aufzuwerten. Die beiden Bahnhöfe (SBB AG und BDWM Transport AG) sind gemeinsam mit dem Busbetrieb zu planen und zu betreiben. Der Bahnhof ist dringend zu modernisieren (Vergleiche Aarau, Baden, Muri, Lenzburg, etc.). Die Wohler Bahnhoflandschaft stammt aus dem letzten und vorletzten Jahrhundert und ist, nebst der mangelnden Sicherheit, eine Schande*“. Nachdem der Verfasser, Ortsparteipräsident Jean-Pierre Gallati, heute nicht anwesend ist, frage ich den Fraktionspräsidenten Edwin Brunner, wie das was hier geschrieben ist zu dem passt, was wir von Peter Tanner gehört haben. Wir hätten gerne eine Antwort. Abschliessend bitten wir Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Suter Stefan, SP: Für die SP kommt der Rückweisungsantrag nicht zustande. Ich finde es unerhört, dass die SVP uns den Rückweisungsantrag so kurz vor der Sitzung zukommen lässt und hofft, dass wir unsere Meinung noch ändern. Die meisten Fraktionssitzungen finden eine Woche im Voraus statt. Es wäre wirklich in unserem Sinne, wenn zu diesem Zeitpunkt die Anträge bereits da wären. Ansonsten läuft das für mich alles auf Polemik hinaus. Es wird Krach gemacht um gehört zu werden. Aber so kann keiner von uns richtig darauf eingehen. Hätte die SVP darüber diskutieren wollen, so hätte sie dies vorgängig zustellen sollen.

Einen Bericht über die Sicherheit würde ich gut finden, nur ist dieser nicht von heute auf morgen erstellt. Und nur weil nichts schlimmes passiert, heisst es nicht, dass es sicher ist. Ich hoffe, dass es nie so weit kommt und man genau wie bei der Feuerwehr sagt, dass die letzten 2 Jahre ja nicht gelöscht wurde und man somit das Universallöschfahrzeug gar nicht benötigt. Wir wollen nicht zurück zur Steinzeit, sondern vorwärts kommen. Das ist auch in Ihrem Sinn. Sie möchten jedoch eine Steuerfusserhöhung. Wenn wir so unattraktiv bleiben wie jetzt, werden wir das nie schaffen.

Wille Franz, CVP: Wer in Wohlen Bahn und Bus benutzt sieht den Bedarf. Nicht am Sonntagmorgen, wenn man zufälligerweise am Kiosk etwas einkaufen geht, sondern täglich in den Stosszeiten. Auch tagsüber läuft sehr viel. Wer das sieht weiss, dass wir Anlagen haben, die dem heutigen Bedarf und auch der Sicherheit der Bevölkerung nicht genügen. Wenn man etwas erkannt hat das falsch ist, beginnt die Planung. Die Planung ist ein vorausschauendes Element in der Politik. Wissen, was am Bahnhof falsch ist, was zu verbessern ist, was fehlt, was ein Idealzustand sein könnte, was wir an Sicherheit für die Besucher, für die Benutzer und die Bevölkerung benötigen und man machen will, sind mir die CHF 23'000.00 Wert.

Die Planung heute zu verweigern, scheint mir eine kurzfristige Massnahme zu sein, die uns noch sehr teuer zu stehen kommen könnte. Sie müssen nicht meinen, dass der Kanton Aargau, die SBB AG und weitere Teilnehmer ihre Gelder nun schön zur Seite legen bis Woh-

len wieder einmal in der Lage ist mitzuentcheiden, ob am Bahnhof Wohlen etwas gemacht werden soll. Die Gelder fließen an andere Orte und sind dann nicht mehr vorhanden. Wir sollten diese Chance nun nutzen. Mir ist bewusst, dass nicht die CHF 23'000.00 das Problem sein werden. Das Problem wird dann sein, wenn wir anhand der Planung sehen, was am Bahnhof Wohlen umgesetzt und realisiert werden soll. Bahnhofumbauten sind immer teure Bauten. Wir wollen wissen was das kostet und wie man das allenfalls etappieren kann. Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Brunner Edwin, SVP: Ich wurde aufgefordert zu gewissen Fragen Stellung zu nehmen. Wir unterstützen die Anmerkung der SP, dass Rückweisungsanträge früher eingereicht und besprochen werden sollten. Wir erwarten aber, dass dies auch von den anderen eingehalten wird. Wir sind ganz klar der Meinung, dass manches Geschäft schneller und anders betrachtet wird, wenn man eine Sache früher untereinander besprechen könnte.

Zum Zeitpunkt des Zitates von Jean-Pierre Gallati, waren viele der Fakten die heute auf dem Tisch sind noch nicht bekannt. Wir müssen nicht darüber streiten, dass der Platz am Bahnhof nicht zeitgemäss ist. Wir sehen den Bedarf. Im Moment sollten wir aber andere Geschäfte vorziehen. Erst kürzlich haben wir über das Schwimmbad und die Eisbahn gesprochen.

Peter Tanner hat es richtig erwähnt. Der Bericht betreffend Video-Installation ist nach wie vor nicht gemacht. Im April 2010 machte Bruno Bertschi eine Anfrage zu diesem Thema. Eine Diskussion darüber wurde damals aber vom Einwohnerrat verweigert. Seither herrscht Funkstille. Nun kommt ein Kreditbegehren auf uns zu und ich muss aus diesem Grund Nein danke sagen. Dann haben wir von der GPK noch gehört, dass eine unbestimmte Summe voraussichtlich von den anderen Partnern übernommen werde. Das ist mir persönlich viel zu schwammig. Was wird genau übernommen? Es kann ja sein, dass es heute unter Umständen noch nicht bekannt ist, aber dann kommt dieser Bericht und Antrag zu früh. Unterstützen Sie bitte den Rückweisungsantrag.

Lehmann Sandra, Freis Wohle/Grünliberale: Unsere Fraktion ist mehrheitlich gegen den Rückweisungsantrag. Wir sind der Meinung, dass wir heute über diesen Bericht und Antrag diskutieren sollten. Es ist schlecht wenn Funkstille herrscht. Man sollte darüber diskutieren und das Thema planerisch angehen. Auch damit man bezüglich den Kosten mehr Klarheit erhält. Deshalb werden wir den Antrag zurückweisen und bitten Sie das ebenfalls zu tun.

Keller Anna, Grüne: Wir sind auch gegen den Rückweisungsantrag. Es ist nötig, dass wir planen. Wir wissen alle, dass Planungen lange dauern und nach der Machbarkeitsstudie erst eine Auslegeordnung da ist. Es wird dann wieder sehr viel Zeit vergehen, bis tatsächlich zumindest ein Teil umgesetzt wird. Wir Wohler sind auch Partner der BDWM Transport AG, der SBB AG und des Kantons Aargau. Wir sind an diesem Platz mitbeteiligt. Es geht sicher nicht an, dass wir sagen, sie können das machen und wir ziehen uns einfach zurück.

Tanner Peter, SVP: Von zurückziehen ist keine Rede. Ich möchte daran erinnern, was ich gesagt habe. Wenn die Partner wollen können sie es in Eigenregie ausführen und die CHF 23'000.00 auch noch übernehmen. Dann hätten sie freie Hand. Es ist auf dem Platz Wohlen, das ist klar. Kann man es verlegen? Das ist nicht in erster Linie die Frage der Gemeinde Wohlen sondern der Bremgarten-Dietikon-Bahn. Der Bahnhof ist in dem Sinn auch kein verlottertes Gebäude. Was die Überdeckung der Postautos anbelangt kann man auch sagen, dass der Teufel in der Not auch Fliegen frisst. Dann ist man damit noch absolut zufrieden. Wenn sie es überdecken wollen, sollen sie es tun. Wir haben in Wohlen einen Knotenpunkt. Dann sollen sie dafür mehr Hand bieten. Ich schätze es nicht gering, was sie bereits getan haben. Walter Dubler hat ja gesagt, dass in Lenzburg nichts bezahlt wurde. Bei uns würden sie etwas bezahlen. Wie entwickeln sich die Baukosten? Wenn sie sehr zurückhaltend sind, was heisst das im Klartext? Dann muss man es doch umdrehen und sagen, dass Millionen kommen. Alleine eine Überdeckung des Busbahnhofes etc. kann bereits Mil-

tionen kosten und ist nicht zu unterschätzen. Das heisst also, dass wir im Prinzip bereit sein müssten, mindestens 2-3 Millionen dafür locker zu machen.

Unterbruch durch den Einwohnerratspräsident:

Perroud Arsène, Präsident: Peter Tanner, darf ich Sie bitten zum Rückweisungsantrag zu sprechen und nicht bereits die Projektstudien vorweg zu nehmen.

Tanner Peter, SVP: Wir können doch nun nicht davon ausgehen, dass wir etliche Millionen Franken für Schwimmbad, Eisbahn, etc. ...

Erneuter Unterbruch durch den Einwohnerratspräsident:

Perroud Arsène, Präsident: Peter Tanner, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir heute über den Antrag abstimmen, bei welchem es um einen Projektierungskredit für eine Machbarkeitsstudie geht und noch nicht um einen Millionenkredit für irgendeine Überdachung oder Umgestaltung.

Tanner Peter, SVP: Ich empfehle Ihnen dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Duschén Andrea, FDP: Die Partner würden die CHF 23'000.00 vielleicht gerne übernehmen. Dann hätten sie einen weniger der sich einmischt.

Mit diesem Bericht und Antrag haben wir die Möglichkeit, beim Bahnhof mitzusprechen. Schlussendlich müssen wir darüber abstimmen, ob wir mitsprechen wollen oder ob sie das selber machen sollen. So wie ich informiert bin, machen sie so oder so etwas. Ich meinte es sei für uns auch eine Gelegenheit mitsprechen zu können. Wir werden den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich ablehnen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Franz Wille hat es bereits gesagt. Die Partner warten nicht auf Wohlen. Wenn Sie den Rückweisungsantrag annehmen passiert nichts. Der Bauverwalter und ich sind extra mit dem Stadtammann und dem Bauverwalter von Lenzburg zusammengesessen. Das eindeutige Echo von Lenzburg war, dass die Gemeinde aktiv werden muss, wenn man am Bahnhof Wohlen eine Veränderung erreichen will. Wohlen hat es bereits besser gemacht, indem wir früher mit den Partnern gesprochen haben und sie sich finanziell beteiligen. Wie Franz Wille richtig gesagt hat, sind es nicht diese Zahlen hier, die beängstigend sind. Sondern „was gibt es nachher zu tun?“. Es geht um eine Machbarkeitsstudie. Wir laden die Mehrheit des Einwohnerrates ein, dass wir das nun sauber klären.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 12 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fraktionsmeinungen:

Wille Franz, CVP: Es ist unschwer zu erkennen, dass die CVP dem Geschäft zustimmen wird. Die CVP hat sich schon bei der Mitwirkung zum Kommunalen Gesamtplan Verkehr anfangs 2011 für eine Verbesserung der Situation am Bahnhof Wohlen ausgesprochen. Wenn der Herr Gemeindeammann bereits die SVP-Stellungnahme zitiert, zitiere ich unsere ebenfalls:

„Beim Bahnhof Wohlen müssen Massnahmen getroffen werden, die den öffentlichen Verkehr attraktiver machen. Die Züge müssen ohne Stufe bestiegen und verlassen werden können. Dazu müssen die Perrons erhöht oder die Gleise gesenkt werden. Der Mittelperron muss soweit verlängert und verbreitert werden, dass künftig auch längere Züge (Schnellzugshalt) und Doppelstockzüge halten können. Ein zweiter Zugang zum Mittelperron zwischen Bahnhof und Postgebäude ermöglicht einen direkteren Zugang für alle Personen aus dem nördlichen Teil von Wohlen (alte Bahnhofstrasse, Wil, Schulen, Sportanlagen, Aesch) und vorläufig auch für die Buspassagiere ohne den grossen Umweg über die Rampe südlich des Bahnhofgebäudes. In Wohlen werden verschiedene Buslinien mit der Bahn verknüpft. Dazu ist die Infrastruktur zu verbessern, beispielsweise durch eine Überdachung des Busbahnhofs.“

Es ist deshalb logisch und konsequent, dass wir in einem ersten Schritt den Planungskredit unterstützen. In der Aktenaufgabe ist zu sehen, dass gute Ideen bereits vorhanden sind und zutreffende Zielsetzungen formuliert worden sind. Die Grundlagen sind also vorhanden.

Wir verbinden unsere Unterstützung mit drei Anliegen oder Forderungen:

1. Wir sind der Meinung, dass die Planung sich nicht allzu eng auf Bahn und Bus beschränken sollte, sondern die weitere Umgebung einzubeziehen ist. Wir erwähnen hier vorab die Verbesserung der Verkehrsbeziehungen von Fussgängern und Velofahrern zum und vom Bahnhof. Als Beispiel erwähne ich die Möglichkeit einer niveaufreien Verbindung aus Norden (Wil) über die Zentralstrasse. Wichtig sind auch die Funktion und die Gestaltung des Bahnhofvorplatzes und der Freiämterstrasse.
2. Im Projekt ist neben der Arbeitsgruppe eine Begleitkommission vorgesehen, in welcher die entsprechenden Entscheidungsträger Einsitz nehmen sollen. Es ist zu erwarten oder zu befürchten, dass in der Begleitkommission die gleichen Gremien vertreten sind wie in der Arbeitsgruppe. Wir verlangen, dass die Benutzer des öffentlichen Verkehrs, also die Kunden, die Bevölkerung Einsitz und Mitsprache bekommen. Ihre Sichtweise und Erfahrungen sollen in die Planung einfließen. Die CVP bietet an, dafür eine kompetente Person vorzuschlagen, die regelmässig Bus und Bahn nutzt.
3. Die Lärmschutzmassnahmen am NEAT-Korridor sind südlich Bahnhofgebäude und Güterschuppen auf der Ostseite noch nicht erstellt worden. Grund sind die damals nicht geklärten Verhältnisse. Also müssen wir auch im Zusammenhang mit einem solchen Projekt an den Lärmschutz hingehen. Wegen der Lücke im Lärmschutz werden Teile von Wohlen weiterhin vor allem durch Güterzüge mit unnötigem Bahnlärm geplagt. Die CVP will, dass im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie auch die Schliessung der letzten Lärmschutzlücke aufgezeigt wird.

In diesem Sinne unterstützt die CVP-Fraktion einstimmig das Kreditbegehren.

Keller Anna, Grüne: Der Bahnhof ist die Wohler Visitenkarte für alle Bahnreisenden. Wir finden es dringend nötig, dass an diesem zentralen Ort die Situation genauer unter die Lupe genommen wird und uns Vorschläge für eine Neugestaltung mit entsprechenden Kostenfolgen unterbreitet werden.

Die Wege von den Bussen zu den Zügen sind lang. Es gibt immer wieder gefährliche Situationen, weil die Wege der Umsteigenden (Busse und BDWM) sich mit jenen der Autos kreuzen. Und zu Hauptzeiten sind das sehr viele Leute, die davon betroffen sind.

Zu kleiner Busbahnhof, fehlende Warteräume, mangelhafte Unterführungen, unattraktive Veloabstellmöglichkeiten und ungeeignete Velounterführungen usw.

Der jetzige Bericht und Antrag ist eine logische Folge der geleisteten Arbeiten. Der Gemeinderat hat das durchaus seriös aufgegleist: Zuerst der Kommunale Gesamtplan Verkehr, jetzt folgt eine Machbarkeitsstudie. Ich hoffe es folgt noch mehr.

Wir müssen nicht nur jammern und vieles besprechen, sondern mögliche Umsetzungen auch planen und ausführen.

Wir erhalten hier für weniger als $\frac{1}{4}$ des Gesamtbetrages eine Machbarkeitsstudie. Die anderen 3 Partner an diesem Ort, BDWM Transport AG, SBB AG und der Kanton Aargau haben offensichtlich an diesem Ort ebenfalls ein Interesse an einer Weiterentwicklung. Ansonsten würden diese ihre Beiträge nicht leisten. Wir hoffen, dass das bei einer Ausführung auch der Fall wäre. Wir sollten das Geld jetzt nutzen und wir Grünen sind mit Überzeugung dafür, dass eine solche Machbarkeitsstudie gemacht wird.

Manimanakis Corinne, SP: Die Situation am Bahnhof ist nicht nur aus der Sicht der SP seit längerem unbefriedigend. Es gibt viele störende Punkte am Bahnhof, der eigentlich als Vorzeigekarte dienen sollte. Unser Glück ist aber, dass beim Kanton, Abteilung Verkehr, unser Bahnhof mit Priorität A eingestuft ist. Die BDWM Transport AG ist daran interessiert, dass ihre Gleise näher bei denen der SBB stehen. Die SBB AG beteiligt sich ebenfalls finanziell an der Machbarkeitsstudie. Es bleibt nur zu hoffen, dass wenn die Abklärungen getroffen sind, bei der Realisierung der Kostenverteiler auch etwa so aussehen würde. Aus der Sicht der SP ist es sehr wichtig, dass der Einwohnerrat heute ein Zeichen setzt, dass ihm der Bahnhof wichtig ist. Bei all den Planungen, die zurzeit in Arbeit sind, ist der Bahnhof ein angrenzendes Puzzleteil. Da spielt dieses Areal keine unbedeutende Rolle. Die Mühlen mahlen langsam. Es ist uns bewusst, dass es mehrere Jahre dauern kann, bis am Bahnhof etwas realisiert wird. Eine seriöse Planung dauert Jahre. Heute zu diesem Kreditbegehren Nein zu sagen, den Kopf in den Sand zu stecken, würde Wohlen bestimmt nicht weiterbringen. Ausser man ist darauf bedacht, dass Pendler am Busbahnhof weiterhin im Regen stehen. Fahrgäste, die von der BDWM-Bahn in weitere Richtungen reisen möchten, weiterhin über die Strasse lassen müssen, wo Autos auf und ab fahren, zum Teil mitten im Weg halten und ihre Mitfahrer ein- und aussteigen zu lassen.

Die Sicherheit am Bahnhof soll verbessert werden. Der kleine Park, der Richtung Post steht, könnte evtl. anders genutzt werden. Setzen wir heute ein Zeichen und bewilligen das Geld für die Machbarkeitsstudie, damit Wohlen dort ein neues Gesicht erhält, wo Leute von Welten verkehren. Die SP wird deshalb diesem Kreditbegehren einstimmig zustimmen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle/Grünliberale: Die Mehrheit unserer Fraktion sieht Handlungsbedarf, genauso wie der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag.

Die heutige Situation rund um den Bahnhof ist unbefriedigend, weil für die Fussgänger zwischen der Einfahrt BDWM, SBB und Busbahnhof unattraktive und gefährliche Kreuzungen auftreten.

Es gibt auch Fragen zu klären bezüglich dem Erhalt des Güterschuppens und wo Synergien genutzt werden können. Auch die Velounterstände sind unbefriedigend. Da stimmt unsere Meinung mit derjenigen des Gemeinderates absolut überein. Die Machbarkeitsstudie macht Sinn, damit man nun planerisch aktiv werden kann. Die Frage ist aber bei uns aufgetaucht, ob nun beim Bahnhof wirklich eine Priorität besteht. Der Bahnhof funktioniert im Gegensatz zu anderem, das noch dringender angepackt werden sollte. Aber die Mehrheit von uns ist der Meinung, dass die Mühlen zu langsam mahlen. Wir sollten jetzt die planerischen Fragen angehen. Man sollte schauen, dass die Akteure zusammen an einen Tisch kommen und auch die Fragen der Etappierung geklärt werden können. Wenn man eine Planung macht, lässt es vielleicht auch eine Etappierung zu, dass wichtige Sachen zuerst

gelöst werden können und anderes etwas später. Setzen wir heute ein klares Zeichen, auch für den öffentlichen Verkehr und für die Zukunft des Bahnhofes Wohlen. Der öffentliche Verkehr steht ganz klar in Konkurrenz zum Güterverkehr auf der Nord-Süd-Achse. Da ist es wichtig, dass wir „Ja“ zu diesem Bahnhof sagen, weil wir eine Zukunft sehen.

Duschén Andrea, FDP: Auch die FDP mit Dorfteil Anglikon findet, dass der Bahnhof ein Aushängeschild einer Gemeinde ist. Uns ist es wichtig, dass die Gemeinde bei einer Planung mitsprechen kann, so dass nicht nur die Beteiligten das machen müssen was sie für wichtig erachten. Bei uns wurde aber auch das Thema „Planungsleiche“ lange diskutiert. Wohlen hat in den nächsten Jahren kaum Geld, ein neues Bahnhofareal zu gestalten und zu finanzieren. Wir fragen uns, ob die Machbarkeitsstudie, die wir nun in Auftrag geben, in 10 oder 20 Jahren noch Gültigkeit hat oder produzieren wir bereits wieder eine Planungsleiche. Wir selber wissen es nicht und finden das Geschäft aber so wichtig, dass wir dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen werden.

Tanner Peter, SVP: Wir sehen durchaus auch die Notwendigkeit eines gewissen Handlungsbedarfes. Franz Wille hat schön aufgelistet, was eigentlich alles zu machen ist. Ich habe kaum etwas gehört, das absolut in der Domäne der Gemeinde Wohlen ist. Wir können dort jederzeit Perronerhöhungen etc. machen. Wir müssen nicht auf ein Jahrhundertwerk warten. Ob die Gemeinde Wohlen bei der BDWM dermassen Hand bieten muss wegen der Perronverlegung, da müssen die Gedanken auseinandergehen. Die könnten das wirklich zum Nulltarif für die Gemeinde Wohlen tun. Die Ernsthaftigkeit unseres finanziellen Engpasses wird einfach zu wenig gesehen.

Einzelvoten

Isler Roger, CVP: Die meisten sind sich einig, dass betreffend Bahnhof Wohlen ein Bedürfnis nach Veränderung besteht. Nun stellt sich die Frage, wer etwas macht. Die BDWM hat bereits viele Sachen gemacht, die SBB ebenfalls. Wer bei der Aktenaufgabe war, hat gesehen, welche Ideen vorhanden sind. Es wurden bereits viele Gedanken gemacht. Ich bin der Meinung, dass wir da mitzureden haben, wie das aussehen sollte, unsere Bedürfnisse und die Bedürfnisse der Benutzer und der Gemeinde. Nebenbei kommen die Bedürfnisse der BDWM Transport AG, Kanton AG und SBB AG. Man muss zusammensitzen, die Bedürfnisse aufzeigen, eine gute Lösung finden und dann darüber diskutieren, wer nachher die Bedürfnisse bezahlt.

Das Interesse der SBB AG und BDWM Transport AG nach einer Veränderung ist sehr hoch. Also gehe ich auch davon aus, dass sie sich finanziell beteiligen. Wenn wir am Schluss mit dem Resultat nicht zufrieden sind und es nicht finanzieren können müssen wir es stoppen. Ich finde es wichtig, dass die Gemeinde Wohlen das Heft in den Händen hält und mit den Partnern zusammen schaut, dass es in eine gute Richtung läuft.

Brunner Edwin, SVP: Ich habe den Verdacht, dass wir jetzt wieder einen Planungskredit sprechen, den wir nachher gar nicht ausführen können. Ich sage nur eines: Friedhofanlage. Auch da haben wir Geld für etwas hinausgeworfen, dass bald anders und günstiger gemacht werden soll. Ich glaube wir planen zu viel. Wir machen jede Menge Planungskredite. Schlussendlich wird nichts gemacht. Die Kredite müssen wir trotzdem bezahlen. Wieso wird nichts gemacht? Das Volk wird hier immer wieder Nein sagen, wenn Ihr mit Millionenbeträgen vors Volk kommt. Das Volk will nicht mehr Steuern bezahlen.

Burkard Thomas, Grüne: Ich muss ganz klar sagen, dass wir beim Friedhof kein Geld hinausgeworfen haben. Das ist eine klar falsche Meinung. Ich erachte das Vorgehen des Gemeinderates Punkto Bahnhof/Machbarkeitsstudie als sehr seriös. Ich möchte einen Aspekt einbringen. Der Masterplan, den wir seinerzeit behandelt und gutgeheissen haben, hat nun eine ganz klare und logische Folge, dass man nun eine Machbarkeitsstudie zum Bahnhof macht. Alle Anwesenden wissen, dass die Bahnhofstrasse zu diesem Masterplangebiet gehört und ich erachte den Bahnhof quasi als Abschluss der Bahnhofstrasse. Dass man den Bahnhof nun mit einbezieht und Abklärungen betreffend Machbarkeit trifft ist die logische Konsequenz.

Ich muss auch zu Andrea Duschen sagen, dass der Einwohnerrat in Zukunft klare Prioritäten setzen muss. Aber wo liegen diese Prioritäten? Für mich ist noch unklar. Ob eine Eisenbahn wichtiger ist als ein Bahnhof. Ein Bahnhof, den sehr viele Leute jeden Tag benutzen.

Geissmann Thomas, FDP: Das Wesen der Politik ist, dass alle mitreden dürfen. Das heisst gleichzeitig, dass sehr viele Wünsche eingebracht werden. Alle Anspruchsträger sollen berücksichtigt werden. Wir haben dies auch von der CVP gehört. Man sollte Leute, die die Bahn regelmässig benutzen, wirklich mit ins Boot nehmen. Ich erachte es als sehr wichtig, dass ein wesentlicher Anspruchsträger auch eine Stimme in der Kommission und in den ganzen Entscheidungen findet und zwar der Steuerzahler. Es kann nicht sein, dass alles aufgleist wird, am Schluss ein sehr teures Projekt entsteht und dann genau dasselbe passiert wie beim Friedhof. Da muss ich der SVP Recht geben, auch wenn ich das etwas konstruktiver formulieren möchte.

Bertschi Bruno, SVP: Ich muss Thomas Burkard widersprechen. Er sagt, für den Friedhof hätten wir kein Geld ausgegeben. Es waren aber CHF 201'000.00 für die Planung. Entstanden ist nichts daraus.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 96'390.00 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Entwicklung Bahnhof Wohlen

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung angenommen.

Bericht und Antrag 12061 Genehmigung Kaufverträge zwischen der
Einwohnergemeinde Wohlen und
- Profi Office GmbH
- René Köpfler

Gregor Ariane, GPK-Präsidentin: Im Mai dieses Jahres verkaufte die Gemeinde bereits in diesem Gebiet Land an zwei ortsansässige Unternehmen. Grundsätzlich hatte dieses Gebiet eine einheitliche Planung was die Gebäude und die Zufahrten betreffen. Der sogenannte Gewerbering hat eine sehr gute Ausnutzung des Areals erzielt.

Mit dem Verkauf des Eckareals an die WIPAC Handel AG, im Mai dieses Jahres, konnte der Gemeinderat die Entwicklung eines einheimischen und erfolgreichen Unternehmens unterstützen. Das Projekt passt grundsätzlich nicht in die alte Planung der Gewerberingüberbauung. Ebenso passt auch der Landverkauf für das Parkplatzbegehren von René Köpfler nicht ins alte Konzept.

Aktives Standortmarketing und die Unterstützung einheimischer Unternehmen haben eine grosse Mehrheit des Einwohnerrates im Mai 2011 bewogen, diese Landverkäufe zu unterstützen und den Verkauf gutgeheissen.

Nun geht es noch um das letzte Teilstück am Gewerbering welches ungefähr 2 Jahre als „zu verkaufende Parzelle“ öffentlich ausgeschrieben war. Der Verkauf des Restareals ergibt über CHF 600'000.00.

Es haben sich 2 Interessenten für die Parzelle gemeldet.

- Herr René Köpfler benötigt 28m², damit er die geplante Parkierungsanlage seitlich seiner Firma Trimada erstellen kann.
- Mit der Profi Office GmbH bewirbt sich ein Unternehmen, welches zurzeit an der Aeschstrasse wirkt.

Für die GPK ist der Landverkauf an René Köpfler nur eine Folge des bereits zugesagten ersten Verkaufs, deshalb unbestritten.

Der Landverkauf an die Firma Profi Office GmbH ist mit intensiver Diskussion verbunden. Vor der GPK-Sitzung fanden wir leider keine Beschreibung des Bauprojektes der Profi Office in der Aktenaufgabe. Gemeindeammann Walter Dubler hat dies nachgeholt und erklärte:

1. dass die Firma Profi Office den geplanten Neubau nicht unterkellern will, da dies nicht benötigt wird,
2. die geplanten Parkplätze rund um das Gebäude für eine mögliche Expansion wären und
3. die Nähe zum öffentlichen Verkehr für das Unternehmen wegen den meist jungen, studierenden Mitarbeitern sehr wichtig sei.

Die GPK ist grundsätzlich der Meinung, eine Unterkellerung des Bauprojektes wäre wünschenswert gewesen und entspräche eher den Grundsätzen einer verdichteten Bauweise. Positiv bewerten wir, dass der m² Preis Verhandlungssache ist und nun etwas mehr erzielt werden könnte als beim Verkauf im Mai. Das Gewerbeland welches in Wohlen ohnehin schon knapp ist, wird aus Sicht der GPK doch eher zu günstig verkauft.

In der intensiven Diskussion zeigt die Mehrheit der GPK eher eine ablehnende Haltung dem Bericht und Antrag gegenüber. Warum ist kein Überbauungskonzept vorhanden? Ist der Grundsatzentscheid nach verdichtetem Bauen nur ein Lippenbekenntnis? Ist eine Unterkellerung nicht sinnvoll? Einstöckige Gebäude, rundherum Parkplätze, diese schlechten Beispiele hat der Einwohnerrat doch schon manchmal beanstandet.

Da es sich bei der Käuferschaft aber um ein bereits in Wohlen ansässiges Unternehmen auf Expansionskurs handelt, es die letzte Parzelle in diesem Gebiet ist und die m2 Preise sich schon für andere Firmen im gleichen Rahmen bewegten, will die GPK den Bericht und Antrag nicht zurückweisen, sondern jetzt abschliessend behandeln.

Es wird ein Antrag gestellt, die beiden Landverkäufe einzeln zu behandeln.

- Der Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde und der Profi Office GmbH stimmt die GPK mit 4 Ja zu 3 Nein zu.
- Der Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde und René Köppli stimmt die GPK einstimmig zu.

Wie mir aus dem Ratsbüro mitgeteilt wurde, wird der Ratspräsident über die beiden Geschäfte einzeln abstimmen. Aus diesem Grund wird die GPK den vorbereiteten Antrag über Einzelabstimmung der zwei Kaufbegehren nicht stellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir können uns den Ausführungen der GPK-Präsidentin weitgehend anschliessen.

Die ursprünglichen Ideen sind alt, man hat es versucht und hatte keinen Erfolg. Es ging uns nun darum, das Gewerbeland, das man zu Gewerbebezwecken gekauft hat, auch Gewerbe zuführt. Der Grundsatz Nr. 1 zum Standortmarketing ist die Pflege der ansässigen Unternehmen. Die Profi Office GmbH hätte auch die Möglichkeit gehabt, nach Anglikon zu ziehen. Das ist nun genau eine Firma, die viele junge Leute beschäftigt, von denen rund 1/3 mit dem öffentlichen Verkehr nach Wohlen kommen. Diese suchen die Nähe zum Bahnhof und deshalb ist das auch sinnvoll.

Wenn Sie eine Firma haben, machen Sie dann einen Keller, wenn sie ihn brauchen. Diese Firma braucht keinen Keller, deshalb baut sie keinen. Ein Beispiel ist die Firma Wipac. Sie arbeiten an der Feinplanung. Was haben sie für ein Problem? Sie wollen möglichst unterkellern, kämpfen aber mit dem Grundwasser. Sie erleben böse Überraschungen mit denen sie fertig werden müssen, damit sie später allenfalls ausweiten können. Das sind diejenigen, die eher eine grössere Ausnützung hinbringen. Man muss nicht kleinräumig Parzelle um Parzelle betrachten, sondern das Ganze im Auge haben. Betreffend den Unterlagen/Plänen tut es uns Leid. Der Einwohnerrat muss eigentlich entscheiden, ob wir mit einer Kaufpartei einverstanden sind, was die Firma macht und ob der Preis stimmt. Aber unsere Nutzungsordnung ist entscheidend. Man kann natürlich alles machen bis zum geht nicht mehr. Nur haben wir am Schluss nur noch Vorlagen und weil es evtl. nicht gefällt, finden keine Geschäfte statt. Die Firma Profi Office GmbH schaut weitgehend, dass sich die Überbauung an das bereits bestehende anlehnt und es zusammenpasst.

Bei Herrn Köppli kann man sagen, war ein Schönheitsfehler vom letzten Mal. Man korrigiert das nun, weil er ganz genau weiss, wieviele m2 er genau haben muss. Deshalb der gleiche Preis. Dass die Profi Office GmbH nun mehr bezahlt, ist schlussendlich das Resultat von Verhandlungen.

Falls nun jemand fragt, ob es in Wohlen nur einen Notar gibt – nein, es gibt mehrere. Aber in diesem Fall war es sinnvoll, dass derselbe Notar das Geschäft stipuliert, der sich mit der ganzen Geschichte des Areals auseinandergesetzt hat, die ja nicht so einfach ist. Wir haben nicht mehr sehr viel Land zu verkaufen. Wir wissen das und sind bemüht, dass wir mit den Notaren rotieren.

Wir bitten Sie, beiden Anträgen zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen:

Brunner Edwin, SVP: Im Fall René Köppli sagt die SVP einstimmig „Ja“.

Betreffend der Firma Profi Office GmbH hat sich die SVP bei der Beratung des Kaufvertrages sehr schwer getan. Einerseits möchten wir natürlich den Wirtschaftsstandort Wohlen stärken. Andererseits müssen wir unsere Wertvorstellungen betreffend Grund und Boden mehr berücksichtigen. Positiv zu werten ist sicher auch der vernünftige Verkaufspreis von CHF 325.00/m². Negativ zu werten ist aber ganz sicher die schlechte Ausnützung der vorhandenen Baufläche. Es hört sich sehr gut an, wenn die Bauherrschaft bekannt gibt, dass die Angestellten der Firma den öffentlichen Verkehr benutzen wollen. Wieso braucht es dann 36 Parkplätze?

Die zweite Frage betreffend der Unterkellerung hat Walter Dubler bereits erklärt. Ich habe nicht gewusst, dass sie Probleme mit dem Grundwasser haben. Die Frage ist, ob wir zu viel Bauland in Wohlen haben. Wurde bei diesem Antrag wirklich die ganze Wahrheit gesagt? Will der Gemeinderat mit diesem Landverkauf das Budget retten? Eine kleine Mehrheit der SVP-Fraktion sieht bei diesem Geschäft zu viele offene Fragen und lehnt es deshalb ab.

Suter Stefan, SP: Der erste Teil betreffend René Köppli ist für uns ganz klar, das geht durch. Im zweiten Teil wurden die Köpfe etwas röter und zum Teil auch die Stimme etwas lauter. Die SP ist eigentlich dafür, dass man verdichtet baut. Genau bei diesem Objekt haben wir das nicht. Wir haben eine Riesenfläche und darauf hätten auch zwei Gewerbetreibende ihr Geschäft bauen können. Das hätte auch mehr Steuern gegeben. Vom Kaufpreis von CHF 325.00 könnte man auch noch etwas mehr herausholen. Andererseits muss man auch sagen, dass man den Bogen nicht überspannen muss. Man hätte das früher machen sollen, als man die anderen Parzellen verkauft hat. Unseres Erachtens ist die geringe Fläche, die hier verbaut wird, relativ massig gegen das was nachher effektiv bleibt. Eine Unterkellerung hätten wir uns auch gewünscht. Deshalb haben wir die Wahlfreigabe gegeben. Es soll sich jeder so entscheiden wie er sich fühlt. Es steht halb/halb, durch die unglückliche Lage, dass hier zu viel gutes Industrieland für viel zu wenig verwendet wird.

Geissmann Armin, FDP: Man hat damals ein Riesenprojekt gemacht. Wir haben verdichtet gebaut. Was wir nun machen, haben wir schon lange hinten durch heruntergelassen. Nun stehen wir hier und jammern und das ist eigentlich auch nicht unsere Meinung. Wir hätten vorhin klar unsere Meinung kundgeben sollen. Wir sollten viel mehr Sorge zu unserem Land tragen und verdichtet bauen. Das ist auch eine Ansichtssache des Gemeinderates, dass dieser vorwärts macht. Auch wir, die hier effizient mal sagen „so geht es nicht“. Wir dürfen unser Land nicht verjubeln. Als Wirtschaftspartei sehen wir das natürlich, dass man 50 Leute in Wohlen behalten können. Aber wir stellen dahinter ein Fragezeichen.

Wüthrich Beat, Grüne: Ich kann mich den meisten meiner Vorredner anschliessen. In der Grünen Fraktion hat der Kaufvertrag mit der Profi Office GmbH zu einer eingehenden Debatte geführt. Dabei haben wir die Aspekte intensiv diskutiert, die uns als grüne Partei wichtig sind. Nämlich die Verkehrs- und Energiefragen sowie der haushälterische Umgang mit dem knappen Gut Boden.

Vom zu erwartenden Verkehrsaufkommen her passt diese Firma gut an den Rand eines Wohnquartiers, da vor allem kaum mit Lastwagenverkehr zu rechnen ist. Ebenfalls erfreulich ist die vorgeschriebene Minergiebauweise.

Schlecht sieht es hingegen aus, was den haushälterischen Umgang mit dem Boden betrifft. Wieder einmal geht es nach dem System Lidl. Viel Land, wenig bauen, viele Parkplätze. Ein Teil unserer Fraktion wird dem Antrag trotzdem zustimmen, weil es das letzte Stück Land

in diesem Teil von Wohlen ist und man nicht beim letzten Stück Land die Spielregeln ändern sollte. Es ist auch besser für den Ruf und die Verlässlichkeit der Gemeinde als Verhandlungspartner.

Bei der Revision der Bau- und Nutzungsordnung werden wir aber darauf drängen, dass in Zukunft eine so ungenügende Ausnutzung von Bauland verhindert wird.

Während also in der Frage des Verkaufs an die Profi Office GmbH unsere Fraktion gespalten ist, so sind wir uns einig, dass wir den Verkauf an die Firma Köpfler befürworten.

Isler Roger, CVP: Wir sind auf ähnliche Schlüsse gekommen wie die meisten anderen Parteien. Die 28m/2 Verlängerung für die genug langen Parkplätze waren bei uns diskussionslos. Bei der Profi Office GmbH haben wir uns auch ähnliche Gedanken gemacht. Aber wir haben keine Mindestausnutzung, wir hatten das Gegenteil. Es ist relativ schwierig, wenn man etwas verkauft, nachher noch dreinreden zu wollen. Entweder sind wir für oder gegen den Landverkauf. Wir sind grossmehrheitlich dafür, aber auch mit dem Hinweis, die Überbauung nochmals zu überdenken, ob man das nicht doch noch besser ausnutzen könnte.

Schmid Tomi, Freis Wohle/Grünliberale: Wer von uns etwas Neues erwartet, wäre überrascht. Auch wir haben dieselben Bedenken geäussert. Es ist einfach ein Landstück, das noch verkauft werden kann. Wenn wir nun Nein dazu sagen, muss man jemanden anders suchen. Ob man diesen Preis wieder erhält, sind wir uns nicht ganz sicher. Wir schliessen uns den Meinungen an.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die vorgetragene kritische Punkte haben wir auch von der GPK gehört. 50 Leute und man spricht von 36 Parkplätzen. Ich habe mich am Schluss der GPK-Sitzung darüber mit Frau Vonlanthen unterhalten. Sie hat gesagt, dass das noch nicht in den Stein gemeisselt ist, was diese Fläche anbelangt. Schlussendlich ist es so, dass es ein grosses Stück Land ist. Aber wir haben nicht zwei Parteien, wo es 2x9 Aren geben könnte. Sie hätten gerne etwas weniger Land genommen. Aber wir wollen keinen Restposten, den wir nicht verwenden können. Ich denke Ihr Anliegen betreffend der Dichte, wird man auf dem Areal der Wipac realisieren können.

Handler Marcel, Bauverwalter: Wir haben viel über Verdichtung gehört. Es wird irgendwie an diesem Untergeschoss festgemacht. Das ist etwas merkwürdig. Wir waren der Meinung, dass wir mit der Profi Office GmbH einen sehr guten Partner gefunden haben, der auf diesem Landstück bauen würde. Dem Gemeinderat war es ein Anliegen, lieber einen Betrieb mit 45 Arbeitsplätzen als eine grosse Halle mit 2-3 Arbeitsplätzen. Wir waren da sehr positiv eingestellt.

Zum Projekt: Es ist kein eingeschossiger Bau vorgesehen, sondern zweigeschossig. Eigentlich sehr gefällig wird das gemacht. Das ist keine „Lidl-Architektur“. Vielleicht haben sich die Leute auf die vielen eingezeichneten Parkplätze fokussiert. Ich denke das ist eine gute Sache und schliesst das Gebiet ab so wie es möglich ist auf dieser übrigen Parzelle.

Duschén Andrea, FDP: Ich möchte noch zu bedenken geben, dass wir der Wipac fast doppelt soviel Land verkauft haben für 18 Mitarbeiter. Nun haben wir dieses Stück Land das 50 Mitarbeiter beschäftigt. Ich finde, das muss man ebenfalls in die Waagschale werfen. Ich habe noch eine Frage an den Bauverwalter oder den Gemeinderat. Man hat von verschiedenen Seiten gehört, obwohl es lediglich 28 m/2 sind, dass die Parkplätze bereits überbaut sind. Ist das richtig, dass diese noch auf Gemeindeland gebaut haben?

Handler Marcel, Bauverwalter: Mir ist bekannt, dass das Baugesuch bereits eingereicht wurde.

Kohli Benno, FDP: Als Nachbar kann ich bestätigen, dass die Parkplätze heute fertiggestellt wurden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Danke für den Hinweis. Wer baut ohne Bewilligung – wird nach dem Bussengesetz bestraft.

Stäger Urs, SVP: Es ist schon erstaunlich, dass diese Plätze bereits fertig sind. Ich nerve mich jedes Mal, wenn ich beim Lidl, Paul Walser Areal vorbeifahre, die drei Gebäude und die vielen Parkplätze sehe, die man mindestens zur Hälfte unter die Gebäude hätte stellen können.

Wir müssen nicht Land verkaufen. Land wird nicht täglich produziert. Wenn wir warten, erhalten wir einen besseren Preis und ist vielleicht mit mehr Arbeitsplätzen verbunden. Dazu fällt auf: Ursprünglich war von 40 Arbeitsplätzen die Rede. Es hat nie jemand gesagt, wieviele davon Teilzeitstellen sind. Je länger die Diskussion dauert, werden es immer mehr Arbeitsplätze.

Keller Anna, Grüne: Zum Thema Unterkellerung. Ich weiss nicht was die anderen dazu meinen. Ich meine mit Unterkellerung in keinem Fall Gemüse- oder einen Weinkeller. Mir ginge es darum, dass Tiefgaragen errichtet werden, statt überall oberirdische Parkplätze.

Abstimmung

Über die Anträge wird separat abgestimmt.

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und

- *Profi Office GmbH, Wohlen, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 1500, mit einer Fläche von 18,26 Aren am Gewerbering zum Preis von CHF 325.00 / m², total CHF 593`450.00*

wird mit 24 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen mit keiner Enthaltung angenommen.

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung Kaufverträge zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und

- *René Köpfli, Unterägeri, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 1500, mit einer Teilfläche von 0,28 Aren am Gewerbering zum Preis von CHF 310.00 / m², total CHF 8`680.00.*

wird mit 34 Ja-Stimmen zu 3-Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

Bericht und Antrag 12062 Nachtragskredit (NK) I – 2012 für die Miete Lagerraum bei der Römer AG für die Gerätschaften des Betriebswartes des Sportzentrum Niedermatten

Manimanakis Corinne, GPK: Im Voranschlag 2010 ist ein Budgetkredit von CHF 90000.00 für einen Ergänzungsbau für einen Traktor und ein Geräteraum vorgesehen gewesen. Dieser Kredit wurde nicht beansprucht und in der Jahresrechnung 2010 wurde das auch festgehalten. Bei der Besprechung des Voranschlages 2012 wurde der Finanzkommission die Frage zum Mietverhältnis beantwortet. Es hiess: „Anstelle eines Anexbaues wurde die Lösung eines Lagerraumes für die Geräte des Betriebswartes gewählt“. Das war an der Budgetsitzung nicht mehr so präsent. Es wurde weder seitens des Gemeinderates noch von der Seite der Finanzkommission zu den CHF 12000.00 Stellung genommen, als eine Streichung drohte.

Jetzt stellt der Gemeinderat einen Nachtragskredit von CHF 12000.00 zu Lasten der laufenden Rechnung. Dieses Vorgehen nimmt den rechtlich korrekten Weg, so dass ein Nachtragskredit für das Jahr 2012 gestellt werden kann.

An der letzten GPK-Sitzung hat der Gemeinderat Urs Kuhn die Entstehungsgeschichte der Planung der Niedermatten erzählt. Als die Niedermatten geplant wurde, ging man davon aus, dass kein Betriebswart für die Sportanlagen benötigt wird. Da sich aber herausgestellt hat, dass es nicht sinnvoll ist, wenn jeder Verein auf Eigenregie seinen Flecken der Sportanlage unterhält, wurde darauf doch ein Betriebswart eingestellt, was durchaus sinnvoll ist. Der Betriebswart hat dann sein Arbeitsmaterial überall verteilt vom Containerhaus, Werkstatt, bis ins Bünzmattschulhaus und in die Bleichi. Bei grösseren Reparaturen musste er sogar vor den Arbeiten seine Werkstatt ausräumen. Um die unbefriedigende Situation zu ändern, hat der Gemeinderat einen Investitionskredit beansprucht. In Anbetracht dessen, dass für die Badi und die Eisbahn ebenfalls eine Werkstatt gebaut werden muss, und bei der Planung in diesem Punkt Synergien genutzt werden können, war es für Urs Kuhn ein zu teures Unterfangen, auf den Niedermatten einen Bau für die Gerätschaften zu erstellen. Vor allem, da laut den Gesetzten des Umweltschutzes einen Ölabscheider und eine Entwässerungsanlage hätte gemacht werden müssen und das bei der Badi und Eisbahn gleich nochmals. Deshalb hat der Gemeinderat nach einer anderen Möglichkeit gesucht.

So dachte man, die Gerätschaften könnten bei der Feuerwehr untergebracht werden. Aus Platzmangel im Feuerwehrlokal war dies nicht möglich. Schlussendlich wurde bei der Römer AG eine Alternative gefunden. Sie konnte genügend Platz zur Verfügung stellen. Und im Vertrag wurde die Mitbenutzung der Werkzeugen und des Abspritzplatzes ausgehandelt. Dieser Mietvertrag gilt nun als Übergangslösung, bis zusammen mit der Badi und Eisbahn eine Gesamtplanung gemacht werden kann. Diese Argumente haben die GPK überzeugt und das Vorgehen des Gemeinderates wurde nun auch besser verstanden. Die Abstimmung in der GPK zum Nachtragskredit für die Miete eines Lagerraumes für die Geräte des Betriebswartes des Sportzentrums Niedermatten fiel wie folgt aus: 6 Ja: 0 Nein und 1 Enthaltung. Wir empfehlen Ihnen ebenfalls, dem Antrag zuzustimmen.

Erlauben Sie mir aber doch noch ein paar Anmerkungen: Das Sportzentrum Niedermatten scheint von Beginn her in grossen Bereichen eine Fehlplanung zu sein. Immer mehr Geld fliesst aus der Gemeindekasse in die Sportanlage. Deshalb haben nicht nur der Einwohnerrat, sondern auch die GPK ein besonderes Auge darauf, für wie und was die Steuergelder in den Niedermatten eingesetzt werden. Wie Urs Kuhn der GPK an der letzten Sitzung mitgeteilt hat, ist der Gemeinderat daran, mit dem Betriebsrat der Niedermatten neu zu verhandeln. Im Frühling 2012 wird sich dem Einwohnerrat die Gelegenheit bieten, wie der Kostenverteiler in den Niedermatten neu geregelt werden soll, mitzusprechen. Die Gespräche und Verhandlungen mit den Vereinen sind also im Gange. Deshalb bittet die GPK Sie heu-

te, nur über den Nachtragskredit über CHF 12000.00 zu sprechen und nicht das ganze Sportzentrum in Frage zu stellen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke der Sprecherin der GPK für die Würdigung des Kreditbegehrens. Zuerst einmal möchte ich mich entschuldigen, dass ich nicht schlagfertiger war an der Budgetdebatte. Eigentlich hätten wir uns dies nun ersparen können, wenn ich etwas deutlicher hätte erklären können, wie der Sachverhalt genau ist. Andererseits nehme ich nicht nur mich selber in Pflicht. Wir alle hier im Saal haben vom Voranschlag/Rechnung 2010 von der Finanzkommission wissen sollen, um was es geht. Aber es ist klar, es wäre meine Aufgabe gewesen, erschöpfend Auskunft zu geben.

Seit dem 1. Januar haben wir ein Mietverhältnis mit der Firma Römer AG. Es gab verschiedene Diskussionen im Umfeld und Vorfeld der Einwohnerratssitzung. Etwas vorweg: Die Verhandlungen, die zuerst geführt wurden mit der Fahrhof AG, das damals in der Planung war, hatte der Gemeinderat die Idee, man könnte sich dort einmieten, wenn der Fahrhof sein Gebäude unterkellern würde. Sie hätte das aber extra für uns machen müssen. Das Problem war, dass wir wegen dem Grundwasser eher davon abgesehen und nach anderen Lösungen gesucht haben. Wir haben dann die Lösung, nachdem wir auch bei anderen Objekten in der unmittelbaren Nachbarschaft gesucht haben, mit der Römer AG gefunden. Wir sind froh, dass wir diesen Raum haben. Ich habe der GPK ein Blatt zur Verfügung gestellt mit einer Auflistung der Gerätschaften. Es geht nicht darum, einen Traktor, den wir zweimal pro Jahr brauchen, irgendwo unterzustellen, sondern es ist eine umfassende Palette an Materialien. Dadurch können die Stellenprozente des Hauswartes effizient eingesetzt werden. Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen und bin froh, dass wir diese Lösung haben. Wie lange das Mietverhältnis, welches immer auf Ende eines Monats auf 6 Monate kündbar ist, bestehen haben soll, hängt schlussendlich davon ab, wie wir vorwärts kommen mit Badi/Kunsteisbahn.

Fraktionsmeinungen:

Erb Otto, FDP / Dorfteil Anglikon: Die Vorgeschichte ist bekannt. Dieser Bericht und Antrag hat in unserer Fraktion trotzdem zu ein paar kritischen Anmerkungen geführt. Trotz immer wieder betonter Transparenz in der Kommunikation hat der Gemeinderat darauf verzichtet, vor Abschluss des Mietvertrages mit der Römer AG den entsprechenden Nachtragskredit für das Jahr 2011 einzuholen. Er wäre in der Rechnung 2011 lediglich der Betrag mit einem Stern versehen aufgetaucht. Mit der Begründung des Betrages im Budget 2011 ist die Erklärung ebenfalls etwas rudimentär ausgefallen. Das ist zwar formal gesehen in Ordnung, es bleibt aber ein bitterer Beigeschmack. Die Fraktion FDP, Dorfteil Anglikon, geht davon aus, dass bei den anstehenden Verhandlungen mit den Niedermatten-Beteiligten die Interessen der Gemeinde, sprich auch die Kostenverteilung, angemessen berücksichtigt werden. Wir haben nach Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der Erklärungen des Gemeinderates beschlossen, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Finanzkommission. Der in der Begründung angesprochene Budgetkredit des Jahres 2010 wurde per 31. Dezember 2010 nicht beansprucht und deshalb verfallen dieser und ist für die Jahre 2011 und 2012 überhaupt nicht mehr relevant.

Als die Finanzkommission mit der Rechnungsprüfung 2010 begonnen hat, war das Mietverhältnis mit der Firma Römer AG bereits abgeschlossen. Demzufolge hat die Finanzkommission keinerlei Einwirkungen auf Mietverträge, die vom Gemeinderat abgeschlossen werden.

Lehmann Sandra, Freis Wohle/Grünliberale: Wir haben von der GPK-Sprecherin gehört, dass man bezüglich der Feuerwehr abgeklärt hat, ob es dort Platzmöglichkeiten gibt. Es wäre da ideal wegen des vorhandenen Abspritzplatzes und auch wegen des Ölabscheiders. Hat man auch abgeklärt, ob im Aussenbereich etwas möglich wär? Z.B. das Erstellen einer Doppelgarage. Diese könnte man evtl. auch nutzen, wenn einmal eine andere Lösung gefunden würde. Wir sind der Meinung, dass man auch auf die Kosten achten sollte, die für dieses Mietverhältnis anfallen. Wenn die Lösung nun doch nicht so schnell umgesetzt wird bei der Kunsteisbahn und Badi, könnte es gut sein, dass man gegen CHF 100'000.00 für Mietkosten ausgibt. Wenn wir eine Garage aufstellen würden, könnte man das evtl. günstiger realisieren.

Urs Kuhn, Gemeinderat: Meine Vorgängerin hat bereits mit der Feuerwehr verhandelt. Zuerst war alles offen, dann haben sie „Nein“ gesagt. Als ich das Amt übernommen habe, wurden Nachverhandlungen geführt, welche jedoch kein anderes Ergebnis brachte.

Bertschi Bruno, SVP:

Ich nehme es gleich vorweg: die SVP-Fraktion lehnt diesen Nachtragskredit grossmehrheitlich und mit Nachdruck ab. Und ich will Ihnen auch gleich erklären, warum.

1. Mit der Unterzeichnung des Mietvertrages mit der Römer AG hat der Gemeinderat einmal mehr seine Kompetenz überschritten. Aber wenn der FC Wohlen ruft, dann springen im Gemeindehaus alle von den Stühlen.
2. Der Einwohnerrat hat anlässlich der Budgetberatung 2012 diese Ausgabe klar abgelehnt, weil er sie nicht will. Nicht nur die SVP, der gesamte Einwohnerrat.

3. Da es sich um eine alljährlich wiederkehrende Ausgabe handelt, ist ein Bericht und Antrag erforderlich.
4. Nachtragskredite müssen gemäss Geschäftsreglement § 47 Abs. 2 durch die Finanzkommission und nicht durch die Geschäftsprüfungskommission beurteilt werden.
5. Es ist ein weiteres Beispiel, wie der Gemeinderat in klarer Überschreitung seiner Kompetenzen und ohne an unsere angespannte Finanzlage zu denken, Ausgaben tätigt und dabei erneut die Geringschätzung des Einwohnerrates, des höchsten politischen Organs unserer Gemeinde, demonstriert.

Die SVP-Fraktion verlangt, dass dieser Mietvertrag per 31. Mai 2012 gekündigt wird. Da die Kündigung jederzeit nach vorangehender 6-monatiger Kündigung erfolgen kann, ist dies der erstmögliche Kündigungstermin.

Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, diesen Nachtragskredit aus den obenerwähnten Gründen abzulehnen.

Arsene Perroud, Präsident: Die GPK hat diesen Antrag geprüft, weil es sich um einen Antrag handelt, der einerseits ein Sachgeschäft und andererseits ein Finanzgeschäft ist. Die Präsidien der beiden Kommissionen haben sich wie üblich kurzgeschlossen und sind zum Schluss gekommen, dass das Geschäft in der GPK besser aufgehoben wäre.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist schade, wenn von einer Kompetenzüberschreitung gesprochen wird und man solche Gelegenheiten nutzt, um wieder einmal einen Rundumschlag zu machen Richtung FC Wohlen.

Die Sprecherin der GPK hat es gesagt, Es soll keine allgemeine Diskussion über die Niedermatten sein. Man hat versucht, eine kostengünstige Lösung zu finden. Die Gerätschaften, die da eingestellt sind, ist nicht einfach der FC Wohlen. Ich bin noch der einzig verbleibende im Gemeinderat, der die ganze Planung von A-Z erlebt hat. Folgendes kann man sagen: Im Planungsprozess involviert waren der FC Wohlen, Genossenschaft Athleticum und der Tennisclub Wohlen Niedermatten. Tatsache ist, dass die Leichtathleten mustergültig waren, perfekt in ihrer Planung. Sie hatten genau den Raum den sie benötigten, auch zum Material einstellen. Beim FC hat es etwas „geschliffen“, man ging weniger fein vor in der Planung, aber auch damals beim Tennis. Man musste nachkorrigieren. Es sind effektiv gewisse Mängel, dass man dort mehr Raum für Material einstellen hätte vorsehen müssen. Hören Sie sich einmal um, was Leute über diese Anlage denken. Das ist auch Standortmarketing. Tomi Schmid führt eine Pressekonferenz durch für „Scoolcup“, was ein grosser Anlass ist. Ohne Niedermatten ist das nicht möglich. Es geht hier um Geräte einstellen, die es braucht für eine Wartung. Hütet Euch bitte, vor allem die SVP, immer persönlich zu werden und auf einzelne Vereine loszugehen. Das ist nicht gerecht und hat auch eine Wirkung nach aussen. Aber nicht die Positive. Man sollte viel mehr einmal sehen, was die Verantwortlichen aller dieser verschiedenen Vereinen leisten, auch für die Integration und vieles andere, damit Junge in der Freizeit eine sinnvolle Beschäftigung haben.

Kohli Benno, FDP: Ich wollte mir zu Herzen nehmen, dass wir heute nicht über die Niedermatten sprechen. Der Gemeindeammann hat dies aber gerade nicht getan und nun eine feurige Diskussion über die gesamten Niedermatten eröffnet. Es geht um 110 m² und nicht bloss um eine Garage, wie das Sandra vorhin gesagt hat. Bei der Grösse einer kleinen Garage würde niemand etwas sagen. Ich frage mich wo die Ware bis jetzt war. Die 110 m² die gebraucht werden, kosten nicht CHF 90'000.00 zum Erstellen. Wir müssen uns keine Illusion machen, dass diese 110 m² bald erstellt sind. Es hat sicherlich CHF 100'000.00 Miete gekostet, bis wir eine andere Lösung haben. Und dies ist nicht einfach nichts und man kann es auch nicht als nichts hinstellen. Man kann auch nicht so tun, als ob das ein kleiner belangloser Nachtragskredit ist. Es geht um Geld für die nächsten Jahre. Man soll vernünftig darüber sprechen können. Ich sehe es auch so, dass man das Material nicht bloss zur Seite stellt. Aber man soll jetzt doch nicht so tun, als ob das Material bis jetzt im Regen stand. Dieser Platz war irgendwo vorhanden und wird offenbar heute irgendwo anders genutzt. Ich kann mir nicht vorstellen, wo das Material herkommt oder wo der Platz verloren gegangen ist. Ich finde auch, man muss wohl oder übel zustimmen. Aber man darf die Diskussion führen, weil es so ist, dass es vermutlich länger als 2-3 Jahre dauert mit der Miete auszahlen.

Meier Cyrille, SP: Wir von der SP unterstützen trotzdem im Nachhinein den Nachtragskredit in der Höhe von CHF 12'000.00 bei der Römer AG. Obwohl der Kredit bei der 6-stündigen Debatte bereits abgelehnt wurde, haben wir uns das ganze nochmals gut angehört und uns dazu entschieden, den Kredit anzunehmen. Es wurden Fehler gemacht bei der Planung der Niedermatten. Das ist wahrscheinlich in der Zwischenzeit jedem im Saal klar. Gleichwohl müssen die Gerätschaften einen Unterstand erhalten und versorgt werden. Unser Anliegen für die Zukunft ist es, dass sich die Sportvereine - die Verursacher des ganzen - finanzielle beteiligen müssen. Nicht dass wir jedes Jahr alleine CHF 12'000.00 bezahlen müssen.

Roeleven Corinne, CVP: Einem Fehler bei der Planung des Sportzentrums Niedermatten haben wir es zu verdanken, dass wir heute über diesen Nachtragskredit zu befinden haben. Bei diesem Millionenbau wurde doch prompt vergessen, genügend und passenden Raum für die Gerätschaften zur Verfügung zu stellen. Ein Nachholen dieses Versäumnisses im Zusammenhang mit der Erneuerung von Badi und Eisbahn könnte dereinst Realität werden, doch solange können die Gerätschaften nicht im Regen stehen bleiben. Zwar mag der im letzten Jahr abgeschlossene Mietvertrag mit der Römer AG auf den ersten Blick teuer sein. Eine andere Lösung liess sich jedoch nicht konkretisieren, vor allem nicht zu diesem Preis. Handlungsbedarf ist notwendig. Dank der zusätzlichen Lagerfläche von 110 m² müssen die Geräte nicht mehr im Werkhof oder in der Bünzmattgarage geholt werden, die Werkbank in der Werkstatt Niedermatten kann gebraucht werden, ohne erst eine Ausräumaktion zu starten. Schliesslich dürfen Werkstatt, Abspritzplatz und Hochdruckanlage der Römer AG benutzt werden. Offenbar wird diese neue Situation als enorme Arbeitserleichterung empfunden – was wollen wir noch mehr?

Aus Sicht der CVP-Fraktion ist dieses Einmieten bei der Römer AG eine gute Lösung. 1'000 Franken pro Monat für das Einstellen der Gerätschaften und gleichzeitig auch die Möglichkeit, die Geräte dort zu warten und die Werkzeuge der Römer AG zu gebrauchen, scheint uns vertretbar. Wir erwarten vom Gemeinderat jedoch, dass er mit dem Neuaushandeln der Nutzungsverträge der Niedermatten im Frühling die Umwälzung der Kosten auf die Kostenträger ganz oder zumindest teilweise erreichen wird.

Schmid Tomi, Freis Wohle/Grünliberale: Sandra Lehmann hat es vorhin gesagt, wir sind nicht begeistert über diesen Kredit und haben lange darüber diskutiert. Deshalb kam auch die Frage auf, ob es keine Alternative gäbe. Ich halte mich viel in den Niedermatten auf. Es ist nicht so, dass die Geräte im Regen stehen, sondern unser Abwart, fährt mit dem Fahrrad zur Gemeinde, holt die Ware, fährt wieder hinunter, arbeitet, und fährt wieder zurück. Das ist ein Zustand, der nicht tolerierbar ist. Das ist bezahlte Arbeitszeit, die verloren ist. Wir erleben es hin und wieder, dass wir ihn bräuchten und dann heisst es, er sei auf dem Weg zur Gemeinde. Dort muss er zwischendurch noch auf den Rasenmäher warten.

Dass dazumal ein solcher Raum vergessen ging, liegt schlussendlich auch daran, dass man dem Druck erlegen ist, es dürfe einfach nicht mehr kosten. Darum hat man begonnen zu streichen. Das geht sehr schnell. Nun bezahlen wir CHF 12'000.00 pro Jahr für etwas das man damals verpasst hat. Ich möchte niemandem die Schuld in die Schuhe schieben, nicht einmal dem Gemeinderat. Vermutlich lag es finanziell einfach nicht drin. Aber der praktische Grund für die Miete ist erwiesen.

Kohli Benno, FDP: Vielen Dank Tomi Schmid für Dein Votum. Ich bin nun aber etwas erschüttert. Nun merke ich, dass es nur um Bequemlichkeit geht. Nun komme ich beinahe zur Überzeugung, dass man von einer Salamtaktik sprechen muss. Man hat damals aus politischen Gründen offenbar weniger gebaut als man heute gerne hätte. Nun geht es offenbar darum, dass dieser Mann nicht zur Gemeinde fahren muss um den Rasenmäher zu holen und wir bezahlen deshalb in den nächsten 10 Jahren CHF 100'000.00 Miete. Nun bin ich beinahe soweit, Nein zu stimmen. Ich habe gedacht, das sei nötig und merke nun aber, dass es doch nicht so wahnsinnig nötig ist.

Burkard Thomas, Grüne: Wir Grünen befürworten diesen Nachtragskredit von CHF 12'000.00 jetzt einstimmig. Wir sehen keine andere Möglichkeit, das Problem zu lösen und plädieren auch für Verhältnismässigkeit.

An der Budget-Sitzung vom vergangenen September ist uns zu später, besser gesagt zu früher Stunde und auch, weil uns die Vorgeschichte dieses Postens zu wenig bekannt war, der Fehler passiert, dass wir den Streichungsantrag unterstützt haben.

Wir möchten das jetzt mit unserer Zustimmung korrigiert sehen.

Ich betone aber ein weiteres Mal klar, dass wir die Kostenentwicklung in den Niedermatten im Auge behalten müssen.

Gregor Ariane, CVP: Wir sprechen nun über die CHF 12'000.00 und nicht über CHF 100'000.00. Natürlich ist die Angst da, dass wenn die Badi erst in 10 Jahren gebaut wird, es dann etwa CHF 100'000.00 geben wird. Die Situation ist wirklich die, dass es nun um die CHF 12'000.00 geht. Die Hälfte dieses Geldes müssen wir sowieso ausgeben. Der Mietvertrag läuft bereits. Bis Ende November könnten wir kündigen und dieser würde Ende Mai auslaufen. Was wir machen könnten wäre höchstens die Hälfte bewilligen und nachher muss der Gemeinderat schauen, dass er per Ende Mai kündigt, und sich um eine längerfristige Lösung kümmert.

Brunner Edwin, SVP: Ich habe eine persönliche Frage an den Gemeinderat. Den allgemeinen Tenor hier im Saal habe ich mitbekommen. Es wird so sein, dass der Nachtragskredit bewilligt wird. Wie geht es nun weiter? Gibt das jedes Jahr einen Nachtragskredit oder kommt das nun ins Budget?

Kuhn Urs, Gemeinderat: Selbstverständlich kommt das im nächsten Jahr ins Budget, so wie wir das nun eingestellt haben.

Zu Benno Kohli, dem Rasenmäher und der Bequemlichkeit. Ich habe vorhin die Liste hingehalten und es gibt folgendes zu sagen. Es geht um verschiedenste Geräte wie Rasenbelüftung, Dünger, Anhänger, Rasenmäher, etc. Daneben geht es um sehr viel Material. Wir müssen z.B. dauernd Quarzsand einlagern für Sprunggruben, Düngervorräte haben, etc. Wir haben palettweise Ware, die man dauernd braucht für den Unterhalt des Sportrasens. Von daher war die Situation schon so, dass man seinerzeit, da hat Tomi Schmid vermutlich recht, aus politischen Überlegungen gewisse Sachen gestrichen hat, damit der Kredit für die Niedermatten nicht zu hoch wurde. Den allgemeinen Unterhalt hat man seinerzeit vermutlich unterschätzt. Man ging davon aus, dass es reicht, wenn all die Vereine selber für ihre Anlagen schauen, und hat dann aber gemerkt, dass es effizienter und sinnvoller ist, wenn es eine Art Gesamtbetreuung gibt, und die Vereine einen Beitrag an Unterhalt leisten, was sie auch tun. Eine solche Grunddienstleistung wird über Bruno Stalder hervorragend gemacht. Das Problem ist, dass man erst nach seiner Anstellung gesehen hat, was das eigentlich heisst. Die Leichtathleten haben einen Raum geopfert, dass daraus eine Werkstatt gemacht werden konnte. Der Raum war so, dass er vollgefüllt war mit Paletten, Sand, etc. Jedes Mal wenn man an der Werkbank etwas machen wollte, hat man alles ausgeräumt. Genau gleich ist es mit dem Hin- und Herfahren mit dem Rasenmäher, weil man ihn nirgends reinigen konnte und man nirgends einen Abstellplatz hat. Es ist nicht Bequemlichkeit, sondern es ist eine Arbeitskraft nicht effizient eingesetzt, wenn man soviel Zeit mit logistischen Übungen verliert. Eigentlich gehören solche Sachen vor Ort an den Platz.

Meine Philosophie ist, dass man dort eine Sportanlage von Wohlen hat, die eine Einheit bilden soll und man gemeinsame Infrastrukturen in einem gemeinsamen Werkhof betreiben kann. Vielleicht kommt man dann auch auf die Idee, dass nicht jeder einen eigenen Rasenmäher braucht. Das sind Synergieüberlegungen die mitspielen. Dieselben Synergieüberlegungen haben wir jetzt auch damit, dass wir den Raum brauchen, damit wir einen effizienten Unterhalt dieser Anlagen garantieren können mit einem relativ bescheidenen personellen Aufwand. Ich möchte aber ganz klar verneinen, dass wir dieses Problem verniedlichen. Auch ich finde, dass das viel Geld ist, das man hier ausgibt. Aber ich bin sehr froh, dass wir zusammengerechnet ca. 180 m² haben, die wir benützen können, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Arbeit, die dort geleistet wird, trägt schlussendlich auch zur Werterhaltung der schönen, wenn auch teuren, Anlage bei.

Roeleven Corina, CVP: Ich möchte einen Punkt anbringen zum Votum von Benno Kohli. Zeit ist Geld. Auch die Zeit eines Betriebswartes ist Geld. Wenn ich Papier brauche für meinen Drucker, gehe ich auch nicht für 20 Bogen ins Dorf um diese einzukaufen, weil ich zu Hause kein Lager haben mag.

Stäger Urs, SVP: Es ist lustig. Eigentlich hätte dieser Bericht und Antrag vor einem Jahr gestellt werden müssen. Die Kosten Niedermatten sind permanent steigend. Ich sehe zwar den Vorteil dieser Lösung, könnte dem auch noch einigermaßen zustimmen, wenn man die Kosten anderswo einsparen würde. Wer glaubt, dass es durch die neue Vereinbarung, die nun ausgearbeitet wird, besser wird für die Gemeinde als jetzt, der irrt sich.

Interessant ist auch die Feuerwehr. Offenbar hat jemand gefragt „kann man bei Euch“? Und dann hat jemand gesagt „nein“ und somit war das Thema erledigt. Die Feuerwehr kann komischerweise Plätze für externe Lastwagen vermieten.

Dann ist natürlich auch die Integrationsarbeit für die Jungen, die geleistet wird. Da gibt es andere Vereine in Wohlen, die haben null Subventionen. Ich erinnere an die Pfadi Wohlen, die 200 Kinder betreut. Es handelt sich um ein Fass ohne Boden. Nun müssen wir einen Riegel schieben.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Bewilligung eines Nachtragskredites von total CHF 12'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2012 für Miete Lagerraum bei der Römer AG für die Gerätschaften des Betriebswartes des Sportzentrums Niedermatten zu bewilligen.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen mit 2 Enthaltungen angenommen.

Postulat 12058 Erhöhung der Anzahl Lehrstellen bei der Gemeinde Wohlen

Manimanakis Corinne, SP: Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Situation der Lehrstellen zu überprüfen und wenn immer möglich, zu erhöhen.

Begründung: Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist nach wie vor schwierig. Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Die Gemeinde Wohlen bietet bereits in verschiedenen Bereichen Lehrstellen an. Das Potential scheint aber noch nicht ausgeschöpft zu sein. Zum Beispiel in den Schulzentren und beim Bauamt könnten evtl. noch mehr Lehrstellen für Betriebspraktiker gefordert werden. Die Ausbildung junger Fachleute ist unumstritten und eine wichtige Aufgabe, die die Gemeinde und Gewerbebetriebe wahrnehmen müssen. Die Gemeinde Wohlen muss die Möglichkeit diesbezüglich ausschöpfen. Die Fachleute der Gemeindeverwaltung sind deshalb auch dementsprechend auszubilden, wenn das angefordert wird. Ich bitte Euch, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Dubler Walter, Gemeindeamman: Der Gemeinderat nimmt das Postulat nicht entgegen.

Begründung: Grundsätzlich ist es ein sympathischer Vorstoss. Ich habe soeben einen Auftrag gegeben zur Konsultation aller Abteilungsleiter, damit man eine vernünftige Diskussion führen konnte. Bei der Gemeinde Wohlen werden zur Zeit folgende Lehrstellen angeboten.

Verwaltung Kaufmännische Ausbildung Profil E/M (6)
Hausdienst Fachmann Betriebsunterhalt (2)
Werkhof Fachmann Betriebspraktikant (1)
Chinderhuus Fachfrau Betreuung (3)

Das sind total 12 Lehrlinge. In meinem ersten Amtsjahr (1998) waren es 7. Nun sind es 5 mehr. Das ist ein Zuwachs von 71%. Zu den einzelnen Berufsgattungen:

Kauffrau/Kaufmann

Die Gemeindeverwaltung bildet zurzeit 6 Lernende, das heisst pro Lehrjahr 2, als Kauffrau/Kaufmann im Profil E oder M aus. Die Lernenden werden jeweils halbjährlich auf folgenden Abteilungen ausgebildet:

Gemeindekanzlei
Einwohnerkontrolle
Soziale Dienste
Finanzverwaltung
Betreibungsamt
Steueramt

Die KV-Reform stellt grössere Anforderungen an die Lehrbetriebe und Ausbildner. So besteht heute bei der KV-Ausbildung ein wesentlich grösserer administrativer und zeitlicher Aufwand.

Bei einer Erhöhung der Anzahl Lehrstellen müsste der Raum- sowie Personalbedarf berücksichtigt werden. Die Raumreserven sind aufgebraucht. Das vorhandene Ausbildungspersonal ist mit der Ausbildung von 6 Lernenden belastet. Es ist damit zu rechnen, dass sich eine zusätzliche Belastung zwangsläufig auf die Qualität der Ausbildung auswirken wird.

Wie die SP in ihrem Postulat erwähnt, steht ein Lehrbetrieb gegenüber den Lernenden in der Pflicht, Lehrstellen zu schaffen, welche eine umfassende und gute Ausbildung gewährleisten. Genau diese Qualität kann bei einer Erhöhung nicht mehr gewährleistet werden.

Hausdienst

In den Schulzentren Junkholz und Bünzmatt sind aktuell je 1 Lernender für „Fachmann Betriebsunterhalt“ tätig. Eine weitere Lehrstelle in den Hofmatten ist nicht zu befürworten. Die Anlage umfasst ausschliesslich eine Turnhalle. Eine breit abgestützte Ausbildung kann somit nicht gewährleistet werden. Möglich wäre, dass in ein paar Jahren bei der Schulanlage Halde eine weitere Lehrstelle geschaffen wird, wenn der heutige Hauswart, welcher im Jahre 2010 in den Dienst der Gemeinde Wohlen eingetreten ist, genügend Erfahrung hat und die Weiterbildung zum „Hauswart mit eidg. Fachausweis“ sowie die Lehrmeisterausbildung abgeschlossen hat.

Für den Gemeinderat wäre ein Rotationssystem, bei welchem die Lernenden in einem bestimmten Rhythmus die Arbeitsstätte wechseln, prüfenswert. Allenfalls könnte auf diese Weise die Ausbildung abwechslungs- und lehrreicher gestaltet werden.

Werkhof

Der Werkhof Wohlen bildet zur Zeit 1 Lernenden als „Fachmann Betriebspraktikant – Fachrichtung Werkdienst“ aus. Er befindet sich im 2. Lehrjahr und die Lehre dauert drei Jahre. Es ist der erste Lehrling, welcher beim Werkhof ausgebildet wird. Für die Verantwortlichen und das ganze Team stellt die Lehrlingsausbildung Neuland dar. Die kompetente und fachgerechte Lehrlingsausbildung muss noch umfassend implementiert werden.

Chinderhuus

Das Chinderhuus hat in den Jahren 2006, 2007 und 2008 je eine Lehrstelle „Fachfrau Betreuung“ neu geschaffen und ist somit mit Lernenden gut dotiert.

In diesem Sinne bittet der Gemeinderat die SP Wohlen, das Postulat zurückzuziehen. Wir haben nun berichtet über das was wir tun. Falls Ihr nicht bereit seid, empfiehlt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, das Postulat abzulehnen.

Manimanakis Corinne, SP: Ich sehe, der Gemeinderat hat bereits einiges geleistet. Es geht auch nicht um die kaufmännischen Angestellten. Das ist gut abgedeckt. Gerade bei den Betriebswarten, z.B. Werkhof, wo man mit Badi, Eisbahn, Niedermatten, etc. ausbauen könnte, wäre eine Möglichkeit. Wie sieht es z.B. bei der Informatik aus? Besteht da eine Möglichkeit? Oder auch beim Kultursekretariat etwas zu ermöglichen? Ich möchte das Postulat nicht zurückziehen. Es ist eine Aufforderung, dass man das weiterverfolgt.

Waeber Roger, CVP: Auch für die CVP ist es wichtig, dass die Gemeinde genug Lehrstellen anbietet. Die Gemeinde bietet 12 Lehrlingsplätze an. Es ist nicht nur wichtig, dass die Lehrstellen erhöht werden, sondern dass die Ausbildung auch gut begleitet wird. Wir haben das Vertrauen in den Gemeinderat, dass er alles daran setzt, Lehrstellen zu schaffen. Wir hoffen, dass bald in jedem Schulzentrum eine Lehrstelle angeboten wird. Aus unserer Sicht braucht es das Postulat nicht. Wir sind grossmehrheitlich gegen die Überweisung dieses Postulates.

Brunner Edwin, SVP: Auch wir haben das mit schwerem Herzen diskutiert. Es sieht so aus, als wenn es eine kleinere, unheilige Allianz geben könnte in Wohlen. Wir sind ganz klar der Meinung, die Jugend ist unsere Zukunft und unsere Altersvorsorge. Auf der anderen Seite muss man ganz klar sehen: Lehrstellen schaffen – es braucht Leute, die diese führen und sie ausbilden. Eine Bedingung an das ganze knüpfen wir. Es darf nicht mehr kosten. Ich spreche nicht von den Lehrstellen. Was ich meine sind die Leute, die ausbilden müssen, bei denen nicht mehr Stellen geschaffen werden können, sondern man mit diesen arbeitet, die bereits angestellt sind. Wenn es eine zusätzliche Ausbildung braucht, gerade im Werkhof, darüber kann man immer noch diskutieren. Nun ist man in einer Pilotphase, der Mann kommt bald ins 3. Lehrjahr und nun sollte man einen 1. Lehrjahr-Lehrling suchen. Wir werden das Postulat grossmehrheitlich unterstützen.

Geissmann Armin, FDP: Es geht um die Qualität und nicht Quantität. Eine Lehre ist sehr wichtig. Das sehen wir hier ebenfalls. Die Zukunft wird weisen, wie weit wir kommen können mit der Lehrlingsausbildung. Auch ich als Lehrmeister stehe für die Jugend ein und auch die FDP. Das ist ganz klar.

Keller Anna, Grüne: Wir finden dieses Postulat wichtig und richtig. Statt arbeitslosen Jugendlichen ist es zentral, dass möglichst viele eine Lehrstelle finden und damit eine Perspektive für ihr weiteres Leben haben.

Wir finden es wichtig, dass die Gemeinde ihre Möglichkeiten diesbezüglich vertieft prüft. Gibt es zum Beispiel Lehrstellenplätze in der Informatikabteilung, in allen Schulhäusern als Betriebspraktiker, in der Badi, in der Niedermatten? Usw.

Ein Engagement der Gemeinde für weitere Lehrstellen findet die Zustimmung der Grünen, geniesst nach unserer Meinung aber sicher auch grosse Sympathien in weiten Teilen der Bevölkerung.

Kohli Benno, FDP: Meines Erachtens ist eine Lehrstelle anzubieten keine politische Angelegenheit. Es ist für mich erstaunlich, dass ausgerechnet die Leute, die selber keine Lehrstelle haben, am lautesten fordern. Ich finde es gut, dass wir auf der Gemeinde Lehrstellen anbieten. Man muss aber tatsächlich nochmals überlegen: Eine Lehrstelle schafft man nicht vom einen Jahr auf das nächste ab. Es ist falsch, wenn man in der Gemeindeverwaltung einfach Lehrstellen aufdokuieren will aus politischen Gründen. Das ist der falsche Ort, um Politik zu betreiben. Eine Lehrstelle ist eine Ausbildung, die muss weiterziehen.

Wille Franz, CVP: Ich bin in der Minderheit in unserer Fraktion. Ich bringe es nicht über mein Herz, das Postulat abzulehnen. Ich habe 33 Jahre RealschülerInnen unterrichtet und somit 33jährige Erfahrung im Mithelfen von Lehrstellen suchen. Ob es zuviele oder zuwenige Lehrstellen hatte – vor allem Realschüler und Schülerinnen hatten immer grosse Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Gerade solche Berufe, wie hier auch die Verwaltung anbieten kann, würden sich gut eignen. Ich war dabei, als wir in der kantonalen Verwaltung begonnen haben, Lehrstellen zu schaffen. Wir haben die Erfahrung gemacht

1. Uns selber, den Mitarbeitenden in der Verwaltung, hat es sehr gut getan, Lehrtöchter und Lehrlinge bei uns zu haben. Die Sicht der jungen Leute hat eine ganz andere Qualität in die Arbeit hineingebracht.
2. Sie haben Erfahrung mitgebracht, die alle anderen in der Verwaltung noch nicht hatten (z.B. Informatik). Es war fantastisch, wie die Jungen in der Ausarbeitung von Schriftstücken etc. uns haben mithelfen können.
3. Wir haben festgestellt, dass denjenigen, die die Lehrtöchter und Lehrling betreut haben, eine Weiterbildung angeboten werden musste. Diese Zusatzqualifikation hat auch gut getan. Es ist eine Chance für das Personal, sich in einem Bereich weiterzubilden, den man sonst nicht hat.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat zu unterstützen.

Keller Anna, Grüne: Ein Postulat setzt keine Zeitgrenze. Es heisst nicht, dass der Gemeinderat in zwei Monaten irgend welche Lehrstellen herbeizaubern muss. Ein Postulat kann auch längerfristig sein. Ich denke es geht wirklich darum, vertieft zu schauen, sich Zeit zu lassen, aber dies umzusetzen. Möglichst über das hinaus was Walter Dubler bereits ausgeführt hat.

Manimanakis Corinne, SP: In dem Postulat geht es ja wirklich auch um eine Überprüfung. Ihr habt etwas überprüft, aber ich bin der Meinung, man könnte das noch tiefer überprüfen. Ausser Zeit kostet das nichts.

Tanner Peter, SVP: Walter Dubler hat es vorhin haargenau gesagt. Es ist eines der Beispiele, bei dem ich ihm 100% Recht gebe. Wer bereits 12 Lehrlinge hat – da ist stetige Bereitschaft vorhanden. Wo noch jemand eingestellt werden kann als Lehrling, wird das gemacht. Ein Postulat ist nicht für 10 oder 20 Jahre gültig. Es ist eine Grundhaltung, die vorhanden sein soll. Ich glaube bei unserem Gemeinderat ist das nötige bezüglich Lehrlingen vorhanden. Deshalb ist das Postulat wirklich nicht notwendig.

Schmid Tomi, Freis Wohle/Grünliberale: Aus dem Votum des Gemeindeammanns habe ich das Gefühl, dass sich die Gemeinde sehr seriös mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Ich habe Sympathien für das Postulat. Aber wir haben über Betriebspraktikanten etc. gesprochen. Wenn ich nun vom Schulhaus Halden spreche: Wir haben seit einem Jahr einen Abwart. Er macht das sehr gut, hat aber noch keine Ausbildung. Es darf kein Schnellschuss sein, sondern es muss qualitätsmässig stimmen. Ich kann dem Postulat nicht zustimmen. Ich meinte, der Gemeinderat hat seine Arbeit getan.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich beziehe mich auf das Votum von Franz Wille. Ich erinnere mich noch, als ich selber noch Einwohnerrat war, da wollte der Gemeinderat die Anzahl KV-Lehrlinge von 6 auf 3 reduzieren. Ich habe mich dagegen gewehrt und es wurde schlussendlich auch grossmehrheitlich abgelehnt.

Ich kann selber aus Erfahrung sprechen. Ich habe von 1972-1975 eine Banklehre absolviert. Ich habe die Leute von damals, die ausgebildet haben, in höchsten Ehren. Das Programm das wir hatten, wie wir durch die Abteilungen geschleust wurden, war absolut top. Als ich diesen Vorstoss gesehen habe, habe ich dem Gemeindeschreiber den Auftrag erteilt, er solle eine Konsultation machen bei den Abteilungsleitern in allen Bereichen. Nehmen Sie

zur Kenntnis: Die Leute sind nicht bequem. Sie nehmen sich ernsthaft den jungen Leuten an. Ich führe mit jedem Lehrling, der seine Lehre beendet, ein kurzes Schlussgespräch. Das Echo ist jeweils wirklich gut. Wer bis jetzt bei der Gemeinde Wohlen eine Lehre absolvieren konnte, war an einem guten Ort. Von der Materie her wie auch von den Leuten um ihn herum.

Anna Keller, Grüne: Ich lade Euch ein: Nehmt auch andere Leute ernst. D.h. Abteilungsleiter ernst nehmen wenn man es sagt. Wir haben eine Kapazitätsgrenze erreicht. Wir haben vorhin ein paar Mal von den Niedermatten gehört bezüglich den Kosten. Lernende sind nicht die Zahlen, die in die Höhe schiessen. Aber sie müssen betreut werden. Wenn ihr mehr wollt, dann ruft das nach mehr Raum, Betreuung und Personal und höhere Kosten sind die Folge. Schaut dass ihr konsequent seid und nicht bloss von Sparvorträgen sprecht. Die Sympathie zur Sache ist vorhanden.

Abstimmung

Das Postulat 12058

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Anzahl Lehrstellen bei der Gemeinde Wohlen zu überprüfen und wenn immer möglich zu überprüfen.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Burkard Thomas, Grüne: Eines Tages gehören auch wir dazu. Wenn wir über das Alter reden, reden wir auch über uns.

Die Zunahme der älteren Bevölkerung wird uns alle individuell, aber auch die Gemeinschaft, die Gemeinden und Städte, in den nächsten Jahren stark herausfordern. Und zwar in verschiedenster Hinsicht.

Ich möchte als Beispiele nur die sprunghaft steigenden Pflegebedürfnisse erwähnen oder auch den Wunsch vieler Seniorinnen und Senioren nach selbstbestimmtem, individuellem Wohnen usw.

Da stehen wir alle in der Verantwortung.

Der Anstoss zu diesem Postulat „Kommission für Altersfragen“ ist nicht aus der Fraktion gekommen, sondern von der Basis, von älteren Leuten selbst.

Je mehr ältere Leute es in unserer Gemeinde gibt, umso besser sollte auch die Infrastruktur an deren Bedürfnisse angepasst werden; so vermissen z.B. Betagte Bänkli im öffentlichen Raum im Zentrum, damit sie von A nach B selbständig gehen können.

Aber auch die Pflegefinanzierung bewegt ganz aktuell die Gemüter.

In unzähligen Dörfern und Städten unseres Kantons gibt es oder entstehen gerade Altersleitbilder und Gremien, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen: Aarau, Baden, Wettingen, Lenzburg, Brugg, Zofingen, oder das Altersforum Muri, welches gerade jetzt daran ist, ein Altersleitbild für den Bezirk Muri zu erarbeiten.

Das Altersleitbild der Gemeinde Wohlen stammt aus dem Jahr 1993. Ich nehme einmal an, dass die wenigsten hier im Saal gewusst haben, dass ein solches existiert, und bestimmt wissen sie nicht, was darin steht. Ich kann einfach sagen, dass es an der Zeit wäre, dieses zu überarbeiten und den heutigen Gegebenheiten anzupassen.

Wir haben das Informationsblatt „Wenn sich die Jahrringe mehren“, das jeweils von der Spitex und dem Alterszentrum Bifang aktualisiert wird. Es listet Adressen auf und wirkt eher staubig, nicht gerade einladend. Die neuste Ausgabe stammt aus dem Jahr 2007.

Es hat auch einmal eine Kommission für Altersfragen in Wohlen gegeben. Sie wurde auf Ende der vorletzten Legislatur per 31.12.2005 aufgelöst.

Im Leitbild der Gemeinde Wohlen, im Legislaturprogramm des Gemeinderates und im Tätigkeitsprogramm im Finanzplan sind bezüglich dieser Altersfragen meines Wissens nur ganz wenige Aussagen zu finden.

Wir Grünen sind der Meinung, ein aktuelles Altersleitbild würde der viertgrössten Gemeinde im Kanton gut anstehen. Es wäre gutes Standortmarketing, ohne grosse Kosten.

Punkto Kosten: Es ist nicht die Meinung, dass sich die Gemeinde jetzt finanziell in diesem Bereich noch mehr engagiert. Das können und sollen private, gemeinnützige Trägerschaften tun. Vielmehr sollte die Gemeinde den Anstoss geben, sich mit diesem brisanten Thema auseinanderzusetzen.

Es ist aber auch nicht die Meinung, dass jetzt eine ständige gemeinderätliche Kommission eingesetzt wird, sondern eine Kommission, die eine Standortbestimmung vornimmt und

koordiniert mit diversen Partnern zusammen in die Alterszukunft blickt. Ich meine, die Spitex wie auch die Pro Senectute u.a. sind an einem koordinierten Vorgehen interessiert.

Geschätzte Ratskolleginnen und –Kollegen, wir finden es den Wert, das Postulat zu überweisen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der Gemeinderat möchte das Postulat nicht übernehmen. Ich erinnere daran, dass die Kommission für Altersfragen erst auf die letzte Legislatur aufgelöst wurde.

1. Seien keine weiteren Aufgaben und Aufträge vorhanden
2. Die Broschüre „wenn sich die Jahrringe mehren“ von der Spitex und vom Alterszentrum Bifang, werden aktualisiert
3. Man wollte die Auswirkungen von den neuen Pflegegesetzgebungen abwarten.

Die neue Pflegegesetzgebung liegt in der Zwischenzeit vor und wir wissen was da steht. Sie verpflichtet die Gemeinden, genügend Pflegeplätze zur Verfügung zu stellen und sie verpflichtet die Gemeinden weiter, Restkosten der Pflege zu übernehmen. Das haben wir beim Budgetprozess weitgehend besprochen. Darüber hinaus leistet sich die Gemeinde Wohlen, gestützt auf die Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 einen freiwilligen Beitrag von einer halben Million an das Alterszentrum Bifang. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass darüber hinaus keine weiteren Mittel für Alterswohnraum geleistet werden sollen. Die Erstellung adäquater Alterswohnungen soll dem freien Wohnungsmarkt überlassen werden. In diesem Sinne hat der Gemeinderat die Realisierung von Casa Güpff begrüsst und aktiv unterstützt.

Begründung der einzelnen Punkte im Postulat:

Das Altersleitbild soll überarbeitet werden

Die Postulanten fordern das. Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit in einem aufwendigen Prozess das Leitbild für die gesamte Wohler Wohnbevölkerung erstellt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir in Zukunft keine speziellen Leitbilder für eine bestimmte Schicht/Kategorie von Einwohner und Einwohnerinnen erstellen wollen. Falls es Erkenntnisse gibt, dass z.B. gewisse Anliegen bezüglich der älteren Generation nicht enthalten sind, ist der Gemeinderat bereit, die in dem allgemein gültigen Leitbild aufzunehmen.

Die Postulanten sagen, grössere Agglomerationen ziehen ältere Leute an. Also wird es in Wohlen in Zukunft überproportional viele Senioren und Seniorinnen geben. Ein Blick in das Einwohnerkontrollregister zeigt, dass der Anteil der über 65-jährigen in Wohlen nur leicht über dem kantonalen Durchschnitt liegt. Dass ältere Menschen ihren Wohnsitz in das Zentrum einer Gemeinde verlegen, ist verständlich. Wir begrüssen das, insofern das Wohnungen oder auch Einfamilienhäuser für junge Familien frei werden.

Es wird weiter gefordert „je mehr ältere Leute es in der Gemeinde gibt, umso besser sollte die Infrastruktur an deren Bedürfnisse angepasst werden“. Dazu meinen wir, dass es sowieso zur Aufgabe einer Gemeinde gehört, bei Infrastrukturen die Bedürfnisse der gesamten Einwohnerschaft zu berücksichtigen. Auch die der Seniorinnen und Senioren. Im Rahmen der laufenden Revision der Nutzungsplanung Siedlung, aber auch beim kommunalen Gesamtplan Verkehr wird immer wieder die Meinung der Bevölkerung eingeholt. Da ist auch der richtige Ort, die Anliegen einzubringen. Die Postulanten sagen, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Seniorinnen und Senioren öffne. Viele ältere Leute seien auf günstige Wohnungen angewiesen. Der Gemeinderat meint dazu, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde sei, günstigen Wohnraum für ältere Leute selber

zu erstellen. Der Gemeinderat glaubt auch, dass die heutige Generation von Seniorinnen und Senioren dank der AHV und Pensionskasse in der Regel finanziell abgesichert seien. Wenn das Einkommen nicht ausreicht bei Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger, gibt es als Mittel Ergänzungsleistungen. Dafür besteht ein gesetzlicher Anspruch.

Ältere Leute sollen zu Aktivitäten angeregt werden, was auch ihrer Gesundheit förderlich sei. Der Gemeinderat meint dazu, dass Seniorinnen und Senioren heute eine selbstbewusste und äusserst aktive Gruppe innerhalb der Wohnbevölkerung sei. Sie sind durchaus in der Lage, sich selber zu organisieren und ihre Anliegen selber, kompetent und wirkungsvoll zu vertreten. Sie brauchen keine spezielle Kommission, die sich stellvertretend um ihre Anliegen kümmert und sie zu Aktivitäten anregt.

Aus all den Gründen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen.

Hufschmid Hans, CVP: Die CVP ist geschlossen und einstimmig gegen eine Überweisung des Postulates „Kommission für Altersfragen“ und folgt somit dem Vorschlag des Gemeinderates. Wir haben es vorhin gehört, Wohlen hatte bereits eine solche Kommission, die aufgelöst wurde. Wenn diese wirklich so lebensnotwendig gewesen wäre, hätte man diese nicht aufgelöst. In diesem Zusammenhang verweisen wir noch auf das Leitbild der Gemeinde Wohlen, in dem die Seniorinnen und Senioren gebührend vertreten sind und eine gute Plattform haben. Die CVP-Fraktion sieht keinen Bedarf und ist einstimmig nicht bereit, das Postulat zu überweisen. Wir bitten Euch ebenfalls, der CVP-Fraktion zu folgen und das Postulat nicht zu überweisen.

Brunner Edwin, SVP: Wir folgen nicht der CVP, wir folgen dem Gemeinderat. Wir sind nicht immer bei allem dagegen.

Meier Cyrille, SP: Wir von der SP sind der Meinung, dass eine solche Kommission nötig ist. Man kann schon sagen „heute sei sie nicht nötig“. Aber was ist in 20 oder 25 Jahren? Die Überalterung steigt. Der Anteil der älteren Leute wird immer grösser und dementsprechend muss man den Leuten auch das Recht geben, dass sie in Würde altern können. Deshalb sind wir für eine solche Kommission.

Geissmann Thomas, FDP: Je mehr Kommissionen es gibt, umso mehr Wünsche gibt es in diesen Kommissionen, umso mehr steigen die Ansprüche und umso mehr werden die Gemeindefinanzen wieder belastet. Wir haben hier 7 Herren, die alle einen guten Lohn beziehen. Lassen wir doch diese 7 Herren die Arbeiten machen, dafür muss es keine endlosen, zusätzlichen Kommissionen geben. Da sind wir uns einig innerhalb der FDP Dorfteil Anglikon.

Stäger Urs: Ich erlebe die Pensionierten als recht aktive Gesellschaft. Sie wissen sich durchaus selber zu organisieren und sich Hilfe zu holen. Wenn Ihr wollt könnt Ihr das überweisen. Es ist im Ressort von Paul Huwiler und dann passiert sowieso nichts.

Abstimmung

Das Postulat 12060

Der Gemeinderat Wohlen wird beauftragt, eine Kommission für Altersfragen einzusetzen.

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Perroud Arsène, Präsident: bedankt sich beim Kultursekretariat und dem Gemeinderat für die schöne Kulturpreisverleihung.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Wir sehen uns zur letzten Sitzung in diesem Jahr am 12. Dezember 2011 wieder. Die Hälfte der Legislatur wäre dann geschafft und dann stehen die Wahlen für die verschiedenen Präsidien im Mittelpunkt der Sitzung. Es werden keine grossen Geschäfte mehr behandelt (ausser den heutigen Kreditabrechnungen). Das Ratsbüro hat beschlossen, die Sitzung um 18.00 Uhr anzusetzen, um im Anschluss genügend Zeit für den geselligen Teil zu haben. Bitte achtet bei der Einladung genau auf die Startzeit.

Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und wünsche allen einen schönen Abend und einen guten Start in die Adventszeit.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Perroud Arsène, Präsident

Marion Riner, Gemeindeschreiberin-Stv.